



Presseschau vom 10.08.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Technischer Hinweis:

Bei den ‚Lesetipps‘ und für Bilder verwenden wir externe Verweise auf die Originalquellen. Wegen aktuell bestehender Einschränkungen innerhalb der EU kann es vorkommen, dass einzelne Verweise zeitweilig nicht funktionieren.

In vielen Fällen lässt sich das Problem beheben, indem man in den Verbindungseinstellungen des jeweiligen Browsers ‚DNS über HTTPS‘ aktiviert ([Anleitungen](#) u.a. [hier](#)) und einen geeigneten DNS-Server (z.B. Cloudflare) festlegt.

Reicht das nicht aus, bietet sich die Nutzung eines VPN mit einem Server außerhalb der EU an. Ein Beispiel hierfür ist [ZenMate](#), das für alle gängigen Browser als kostenlose Erweiterung verfügbar ist. In der kostenlosen Version eignen sich hier die Server in den USA und Singapur.

Referenzierte Bilder werden manchmal nicht sofort angezeigt, weil die jeweiligen Quellen eine eingebaute DDoS-Prüfung verwenden. Hier hilft meist, das jeweilige Bild über das Kontextmenü des Browsers explizit neu zu laden.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg

Russland führt gemeinsam mit den Streitkräften der Donbass-Republiken eine Militäroperation in der Ukraine durch. Der Westen reagiert mit immer neuen Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. ...

<https://kurz.rt.com/2tg9> bzw. [hier](#)

Sachar Prilepin: Lenin, der Häuptling aller Indianer

Lenin war ein herausragender Marxist, der die Theorie erstmals in die Praxis umsetzte. Das allein erklärt jedoch nicht, warum seine Person zu einem Markenzeichen geworden ist und auch 100 Jahre später noch die Gemüter erregt. Sachar Prilepin gibt eine polemische Antwort auf Wladimir Putins Lenin-Thesen. ...

<https://kurz.rt.com/34ck> bzw. [hier](#)

Tom J. Wellbrock: Infantile Politik: Eine deutsche Regierung gefangen im Jetzt

Wirft man einen Blick auf die Bewertungen und Handlungen der Politik, kommt man nicht drumherum, ein verheerend eingeschränktes Sichtfeld zu erkennen. Gelebt und entschieden wird anhand der Gegenwart, und zwar nur der Gegenwart. ...

<https://kurz.rt.com/34dr> bzw. [hier](#)

Wolfgang Bittner: Die schwarze Liste der Ukraine - Kritiker als "Informationsterroristen" und "Kriegsverbrecher"

Kritiker der ukrainischen Politik werden fortan auf einer internationalen schwarzen Liste aufgeführt und müssen damit rechnen, als "Informationsterroristen" und "Kriegsverbrecher" verfolgt zu werden. Zu den dort Gelisteten zählen neben dem Autor auch Alice Schwarzer sowie Politiker und ranghohe Geheimdienstbeamte unterschiedlicher Staaten. Welche Form wird die Verfolgung Andersdenkender noch annehmen? ...

<https://kurz.rt.com/34d1> bzw. [hier](#)

Dagmar Henn: Wenn der Strom fehlt – Sanktionsfolgen in Syrien

Den Krieg in Syrien hat der Westen verloren, aber den Wiederaufbau blockiert er immer noch mit seinen Sanktionen. Ein neuer UN-Bericht schildert ausführlich, welche Folgen es hat, dass die Sanktionen den Wiederaufbau der Stromversorgung behindern. ...

<https://kurz.rt.com/34ei> bzw. [hier](#)

Pierre Lévy: Johnson musste gehen, weil die Löhne stiegen

Ein Skandal um eine Party? Zwielfichtige Freunde? Das war nicht der Grund für Johnsons Sturz. Auch NATO-treu ist er wie seine möglichen Nachfolger. Wirklich störend war, dass er Industrie förderte und die Steuern für die Reichen nicht weiter senkte. ...

<https://kurz.rt.com/34e6> bzw. [hier](#)

Sergei Aksjonow: Sie drehen die Erde

Im Westen wird nicht verstanden, was der Befreiungskampf des Donbass für die Menschen vor Ort, aber auch für die gesamte russische Nation bedeutet. Es fühlt sich an, als würde der Planet wieder nach langem Stillstand sich zu drehen beginnen, angeschoben von den übermenschlichen Anstrengungen der Soldaten, die Dorf um Dorf und Flecken um Flecken mühsam der Dunkelheit des ukrainischen Nationalismus entreißen. Ein (weiterer) Versuch es verständlich zu machen. ...

<https://kurz.rt.com/34cj> bzw. [hier](#)

Seyed Alireza Mousavi: Wahltaktik, Hamas und Geopolitik: Warum bombardierte Israel

erneut den Gazastreifen?

Politischer Opportunismus und eine interne Wahlkampfstrategie sind Gründe für die aufgeflamnte Eskalation seitens Israels gegen die Palästinenser. Die Regierung in Tel Aviv hat erneut Gaza und seine belagerte Bevölkerung als Trumpfkarte gegen innere Kontrahenten genutzt. ...

<https://kurz.rt.com/34g1> bzw. [hier](#)

abends/nachts:

19:46 de.rt.com: **Pentagon äußert sich zu neuen HIMARS-Lieferungen an Kiew**

Washington will Kiew demnächst Munition für die Waffen liefern, die der Westen den ukrainischen Truppen zur Verfügung gestellt hat. Wie schaut es aber mit der Lieferung neuer Waffensysteme aus? Gehen den USA die Vorräte aus?

Die USA scheinen nicht bereit zu sein, weitere HIMARS-Mehrfachraketenwerfersysteme an die Ukraine zu liefern. Dies geht aus der jüngsten Erklärung von Verteidigungsstaatssekretär Colin Kahl hervor. Hierin heißt es, man konzentriere sich nun auf die Lieferung von Munition für bereits gelieferte Systeme. Während einer Pressekonferenz antwortete er am Montag auf die Frage, ob das Pentagon die Grenze der militärischen Ausrüstung erreicht habe:

"Wir haben 16 HIMARS-Systeme geschickt, was eigentlich eine ganze Menge ist."

Kahl wies darauf hin, dass das Vereinigte Königreich der Ukraine auch drei HIMARS-Systeme zur Verfügung gestellt und dass Deutschland zugesagt hat, drei weitere Einheiten für den Einsatz in Kiews Konflikt mit Moskau zu schicken. Der Regierungsvertreter hob hervor: "Unsere Einschätzung ist, dass die Ukraine ziemlich gut versorgt ist, was die Anzahl der Systeme angeht."

"Das Gleiche gilt für die M777-Haubitzen, von denen wir wirklich eine große Anzahl von Systemen zur Verfügung gestellt haben."

"Im Moment besteht die Priorität darin, dafür zu sorgen, dass die Ukraine über die nötige Munition verfügt, um im Kampf zu bestehen."

Die Munition für die HIMARS-Raketenwerfer ist einer der Hauptbestandteile des jüngsten Militärhilfepakets für die Ukraine in Höhe von einer Milliarde US-Dollar, das die USA am Montag angekündigt hatten.

Über die Anzahl der HIMARS-Systeme, die derzeit in der Ukraine eingesetzt werden, gibt es widersprüchliche Berichte. Moskau behauptet, seine Streitkräfte hätten sechs von ihnen zerstört, während Kiew und Washington behaupten, dass alle gelieferten Systeme intakt seien. Russland hat am 24. Februar Truppen in die Ukraine entsandt, weil Kiew die Minsker Vereinbarungen, die den Gebieten Donezk und Lugansk einen Sonderstatus innerhalb des ukrainischen Staates geben sollen, nicht umsetzt. Die von Deutschland und Frankreich vermittelten Protokolle wurden erstmals 2014 unterzeichnet. Der ehemalige ukrainische Präsident Petro Poroschenko hat inzwischen eingeräumt, dass Kiew den Waffenstillstand vor allem dazu nutzen wollte, um Zeit zu gewinnen und "mächtige Streitkräfte zu schaffen". Im Februar 2022 erkannte der Kreml die Donbass-Republiken als unabhängige Staaten an und verlangte, dass die Ukraine sich offiziell zu einem neutralen Land erklärt, das sich niemals einem westlichen Militärblock anschließen wird. Kiew besteht darauf, dass die russische Offensive völlig unprovokiert war.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62f2396cb480cc752f645e9d.jpg>

US-Militärangehörige stehen bei einem M142 High Mobility Artillery Rocket System (HIMARS) während der ersten saudi-arabischen World Defense Show nördlich der Hauptstadt Riad

20:04 de.rt.com: **Lufthansa wird russischen Luftraum bis März 2023 nicht nutzen**

Die Lufthansa hat am Dienstag mitgeteilt, die Airline werde den russischen Luftraum bis vorerst 25. März kommenden Jahres nicht nutzen. Auch alle Lufthansa-Flüge von und nach Russland würden für diesen Zeitraum gestrichen.

"Die Lufthansa Group beobachtet die Situation weiterhin genau und steht in engem Austausch mit den nationalen und internationalen Behörden", hieß es in einer Erklärung.

Der Luftraum des übrigen Europas ist derzeit für russische Flugzeuge gesperrt. Auch Russland hat seinerseits seinen Luftraum für zahlreiche ausländische Airlines geschlossen.

wpered.su: **In einer vereinten Front**

Am 6. August geschah ein bemerkenswertes Ereignis. Etwa 50 Einwohner der Donezker und der Lugansker Volksrepublik, Bürger der RF, wurden Mitglieder der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation.

„Unsere Partei hat einen ersten Schritt zur Bildung von Strukturen auf dem Territorium des Donbass getan. Vor mehr als acht Jahren hat die überwältigende Mehrheit der Einwohner Noworossijas den Wunsch geäußert, mit uns in einem einheitlichen großen Land zu leben, in Russland. Jetzt gibt es alle Voraussetzungen für eine Umsetzung dieses Bestrebens. Und heute haben wir gemeinsam mit unseren Genossen aus der DVR und der LVR beschlossen, unsere Arbeit in einer einheitlich, wirklichen Volkspartei, der KPRF, fortzusetzen, die den Kampf des Volks des Donbass gegen den Ukrofaschismus seit 2014 unterstützt“, sagte der Sekretär des ZK der KPRF, der erste stellvertretende Vorsitzende des Zentralrats der SKP-KPSS Kasbek Tajsajew, als er die feierliche Zeremonie der Aufnahme in die Partei eröffnete.

Und denen, die in die KPRF eintragen, sind die Vorsitzenden der Kommunistischen Parteien der Volksrepubliken Boris Litwinow, der der erste Vorsitzende des Parlaments der DVR war, und Igor Gumenjuk, der Berater und Assistent von Walerij Bolotow, des ersten Leiters der LVR, sowie ihre zuverlässigen Kampfgenossen: Vorsitzende von Parteiorganisationen, Mitglieder gesellschaftlicher Bewegungen, Gewerkschaftsführer, Vertreter verschiedener Berufe – Arbeiter, Lehrer, Wissenschaftler, Soldaten der Volksmiliz, Ärzte, technische Beschäftigte. Einige haben eine solide Zeit als Mitglied in der KPdSU hinter sich, andere sind erst vor ganz kurzem volljährig geworden. Sie vereinen gemeinsame Aufgaben und die Verantwortung für deren Lösung.

Die Empfehlungen für den Eintritt dieser Menschen gaben mit voller Verantwortung die, die sie durch die gemeinsame Arbeit gut kennen – Kasbek Tajsajew, der Berater des Vorsitzenden des ZK der KPRF, der Abgeordnete der 6. Staatsduma Wladimir Rodin und die Autorin dieser

Zeilen.

Eine gewisse Schwierigkeit bestand in der rechtzeitigen Zusammenstellung und Übersendung der für den Eintritt in die KPRF notwendigen Dokumente. In einer Reihe von Ortschaften des Donbass, darunter in vielen Bezirken von Donezk, fehlt nicht nur Wasser, sondern auch die Stromversorgung, die Kommunikation funktioniert nicht, regelmäßig kommen Störungen beim Verkehr auf. Eine Unterhaltung mit den Eintrittskandidaten online hat nicht alle Probleme gelöst: es war sehr schwierig, sie alle zu einer bestimmten Zeit, in einem Gebäude zusammenzubringen. Die Kommunikationsverbindungen versagten. Einige Eintrittskandidaten konnten aufgrund intensiver Beschüsse und ernsthafter Schwierigkeiten beim Verkehr nicht an der Versammlung teilnehmen. Wladimir Rodin und der Mitarbeiter der Orgabteilung des ZK der KPRF Jewgenij Martschenko halfen Schwierigkeiten bei der Kommunikation zu überwinden, sie halfen den Kandidaten auch die notwendigen Dokumente zusammenzustellen.

Die Aufnahme der Genossen aus der DVR und LVR erfolgte durch die Parteigrundorganisation einer bedeutsamen Parteiorganisation der Hauptstadt, der des Arbat, deren Mitglieder sich gemeinsam mit den für einen Parteieintritt Empfohlenen im Gebäude des Zentralkomitees der Partei versammelten.

Auf einer Sitzung des Büros der Parteiorganisation Arbat, die unmittelbar nach der Versammlung der Grundorganisation stattfand, bestätigten dessen Mitglieder einstimmig die Aufnahme aller Kandidaten in die Partei.

Die ersten Parteibücher der KPRF werden unseren Genossen am 15. August auf dem Platz der Lenin-Sowchose übergeben werden, von wo aus der hundertste humanitäre Konvoi der Partei auf das Gebiet der militärischen Spezialoperation in der Ukraine losfahren wird.

Die Aufnahme einiger Dutzende Menschen in die Partei ist nur der Anfang der bevorstehenden groß angelegten Arbeit. Menschen, die in die Reihen der KPRF eintreten wollen, gibt es in den Volksrepubliken weitaus mehr.

Julija Michajlowa, Mitglied des Präsidiums des Allrussischen Frauenverbands „Nadeshda Rossii“, Mitglied des ZK der KPRF

20:27 de.rt.com: **Verstoß gegen Vorschriften? Explosionen auf Krim-Militärflugplatz – ein Toter, mehrere Verletzte**

Auf einem Militärflugplatz auf der Krim kam es zu mehreren Explosionen. Nachdem es zuerst hieß, es gebe keine Opfer, ist jetzt von mindestens einem Todesopfer und fünf Verletzten die Rede. Die dort stationierten Flugzeuge und Hubschrauber seien unbeschädigt geblieben.

Russische Nachrichtenagenturen und Social-Media-Kanäle [meldeten](#) heute mehrere heftige Explosionen auf dem Militärflugplatz Saki bei Nowofjodorowka auf der Krim. Auf dem Gelände des Flugplatzes sei Flugzeugmunition detoniert, teilte das russische Verteidigungsministerium am Dienstag laut der Nachrichtenagentur TASS mit:

"Am 9. August gegen 15:20 Uhr detonierte auf dem Gebiet des Flugplatzes Saki in der Nähe des Dorfes Nowofjodorowka auf einem umzäunten Lagerplatz verschiedene Flugzeugmunition."

Optimismus verfrüht

Ersten Angaben des Verteidigungsministeriums zufolge habe es bei der Explosion keine Verletzten gegeben, Flugzeuge und Technik seien nicht beschädigt worden. "Es werden Maßnahmen ergriffen, um den entstandenen Brand zu löschen und die Ursachen der Explosion herauszufinden. Nach dem Bericht vom Einsatzort gab es keine Brandeinwirkung auf das eingestürzte Munitionslager auf dem Flugplatz", hatte es weiter geheißen. Es habe keine Auswirkungen des Feuers auf das eingestürzte Munitionslager auf dem Flugplatz Saki gegeben, hatte das Ministerium mitgeteilt.

Zuvor hatte die stellvertretende Leiterin der Verwaltung des Bezirks Saki auf der Krim,

Wiktorija Kasmirowa, erklärt, dass es nach vorläufigen Angaben auf dem Flugplatz des Bezirks eine Explosion gegeben habe. Der Berater des Krimchefs, Oleg Krjutschkow, bestätigte ebenfalls die Informationen über die Explosionen und gab an, dass sie in der Nähe der Siedlung Nowofjodorowka stattgefunden haben. Krim-Chef Sergei Aksjonow erklärte auf seinem Telegram-Kanal, er habe sich an den Ort des Geschehens begeben. Krankenwagen und Ambulanzflugzeuge wurden dorthin geschickt, und Informationen über die Verletzten werden derzeit geklärt, so das Gesundheitsministerium der Region.

Mehrere Verletzte und ein Todesopfer

Späteren Angaben des Verteidigungsministeriums zufolge ist eine Person durch die Explosionen gestorben, und fünf weitere, darunter ein Kind, mussten in ein regionales Krankenhaus eingeliefert werden.

Aksjonow hatte ebenfalls den Tod einer Person [bestätigt](#):

"Leider ist eine Person gestorben. Ich spreche der Familie und den Freunden mein aufrichtiges Beileid aus. Es wird jede notwendige Unterstützung geleistet", so der Politiker. Der Leiter des regionalen Gesundheitsministeriums, Konstantin Skorupski, sagte, dass vier Personen unmittelbar nach der Behandlung nach Hause entlassen werden konnten, eine weitere Person sei operiert worden und habe keine lebensbedrohlichen Verletzungen.

Nach Angaben Krjutschkows wurden 30 Personen aus Häusern in der Nähe des Flugplatzes evakuiert und werden in Pensionen und Hotels untergebracht.

Verstoß gegen Sicherheitsbestimmungen?

Als Hauptursache für den Unfall auf dem Flugplatz gilt nun die Verletzung von Brandschutzvorschriften, [sagte](#) eine Quelle im russischen Militär RIA Nowosti.

"Als Hauptursache für die Explosion mehrerer Munitionsteile auf dem Flugplatz Saki wird lediglich ein Verstoß gegen die Brandschutzvorschriften angesehen. Es gibt keine Anzeichen, Beweise und erst recht keine Fakten für eine absichtliche Einwirkung auf die Munition mit dem Ziel der Detonation", so der Gesprächspartner der Nachrichtenagentur.

Der Militärflugplatz Saki in der Nähe des Dorfes Nowofjodorowka, Bezirk Saki, [dient](#) als Basis für die Flugzeuge und Hubschrauber des russischen Verteidigungsministeriums, einschließlich der Marineflieger. Außerdem gibt es einen Ground-Test-Trainingskomplex (Luftfahrt) NITKA, auf dem Starts und Landungen von Marineflugzeugen geübt werden können. Der Komplex ist einer von nur zwei Simulatoren dieser Art in Russland und besteht aus einem Flugplatz mit einem stählernen Flugfeld in Form eines Schiffsdecks, das mit einer Rampe und anderen flugzeugträgertypischen Einrichtungen ausgestattet ist. Die Abmessungen des Flugplatzes entsprechen dem Flugdeck des russischen Flugzeugträgers "Admiral Kusnezow".



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62f2741d48fbef733d4d1f7d.png>

Ein Augenzeuge vor Ort konnte die Explosionen auf dem Flugplatz von Fjodorowka am 9. August 2022 im Foto festhalten.

verantwortlich

Die Chinesische Gesellschaft für Menschenrechtsstudien warf Washington in einem Bericht ernsthafte Menschenrechtsverletzungen im Nahen Osten vor. Insbesondere die Praxis des Regime-Changes prangerte die chinesische Organisation an.

In einem Bericht wirft die Chinesische Gesellschaft für Menschenrechtsstudien den Vereinigten Staaten vor, sie hätten US-amerikanische Werte im Nahen Osten gewaltsam gefördert, indem sie auf Regimewechsel drängten, die "amerikanische Demokratie" gewaltsam verpflanzten und die Souveränität und die Menschenrechte anderer verletzten, wie die amtliche chinesische Nachrichtenagentur Xinhua berichtete. Die Gesellschaft veröffentlichte den Bericht am Dienstag.

In dem Bericht mit dem Titel "USA begehen ernste Menschenrechtsverletzungen im Nahen Osten und anderswo" heißt es, dass die Vereinigten Staaten versuchen, die Länder im Nahen Osten umzuwandeln und schwache, abhängige Regierungen zu etablieren, um ihre globale Hegemonie zu fördern.

Das Hauptziel Washingtons sei die Aufrechterhaltung der militärischen, wirtschaftlichen und konzeptionellen Hegemonie der USA, "was in der Folge die unabhängigen Entwicklungspfade der regionalen Länder verändert und die Souveränität der entsprechenden Länder im Nahen Osten sowie das Recht der Menschen auf Entwicklung und Gesundheit ernsthaft untergraben hat", heißt es in dem Bericht.

Die Vereinigten Staaten unterstützten seit Langem die Infiltration mit Nichtregierungsorganisationen und anderen Stellvertretern im Nahen Osten und hätten die Entwicklungswege der Länder des Nahen Ostens wiederholt durch "farbige Revolutionen" gewaltsam verändert, wird im Bericht weiter festgestellt.

Dem Bericht zufolge habe die von den USA erzwungene "Transformation" Afghanistans, des Irak, Syriens, Libyens und vieler anderer Länder die politische Ordnung gestört und den sozialen und nationalen Zusammenhalt in diesen Ländern zerstört.

Die von den USA erzwungenen "institutionellen Exporte" mit einem starken hegemonialen Unterton hätten "die Bemühungen der regionalen Länder, ihre Entwicklungswege unabhängig zu erkunden, gelähmt und eine Reihe von katastrophalen Folgen verursacht", so der Bericht.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62f25b00b480cc7920738adb.jpg>

21:32 de.rt.com: Weißrusslands Luftwaffe und Flugabwehr üben im Inland und in Russland

Vor dem Hintergrund der Sonderoperation Russlands in der Ukraine führt Weißrussland vom 9. bis 25. August Militärübungen durch. Die Manöver finden sowohl im Inland als auch in Russland statt. Der Militärbehörde in Minsk zufolge ist das Ziel, die Soldaten einzuspielen. Das weißrussische Verteidigungsministerium hat am Dienstag den Start planmäßiger Übungen der einheimischen Luftstreit- und Flugabwehrkräfte bekannt gegeben. Demnach beginnen die Manöver am 9. August und werden bis zum 25. August dauern.

Wie der Pressedienst der Militärbehörde in Minsk auf Telegram mitteilt, seien die Übungen in zwei Hauptphasen aufgeteilt. Die erste finde vom 9. bis 11. August auf Truppenübungsplätzen in Weißrussland statt. Die zweite soll vom 22. bis 25. August auf dem Truppenübungsplatz Aschuluk im südrussischen Gebiet Astrachan durchgeführt werden. Dort befindet sich das 185. Zentrum für Kampfausbildung und Kampfeinsatz der russischen Luftstreitkräfte. Nach Angaben des weißrussischen Verteidigungsministeriums sollen Personal und Ausrüstung per Schiene und auf dem Luftweg ins Nachbarland verlagert werden. Die genaue Zahl der beteiligten Soldaten gibt die weißrussische Seite nicht bekannt. Das Ziel der Übungen bestehe darin, die Eingespieltheit der Militäreinheiten zu steigern.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62f2748e48fbef29ce02f397.jpg>

Auf dem Bild: Zwei weißrussische Kampfflugzeuge vom Typ Su-25 nehmen an Übungen in Russland teil.

21:36 de.rt.com: **Bericht: Quelle in Kiew behauptet, Ukraine stünde hinter den Explosionen auf der Krim**

Ein hochrangiger Militärbeamter, der anonym bleiben wollte und mit der Situation vertraut sein soll, sagte der Zeitung The New York Times, dass ukrainische Streitkräfte hinter den Explosionen auf der Krim am Dienstag stünden. Der Beamte wollte die Art der Waffe, die bei dem Angriff verwendet wurde, nicht nennen. Ihm zufolge habe es sich um "ein ausschließlich ukrainisches Gerät" gehandelt.

"Das war ein Luftstützpunkt, von dem regelmäßig Flugzeuge zu Angriffen auf unsere Streitkräfte im südlichen Teil des Landes abhoben", erklärte die Quelle.

Laut dem russischen Verteidigungsministerium war ein Munitionsdepot auf einem Luftstützpunkt explodiert. Nach Angaben aus Moskau sei der Flugplatz nicht beschossen worden.

21:45 de.rt.com: **DVR-Miliz erhält Ausbildung an Robotern zur Minenräumung**

Russische Ausbilder schulen Offiziere der Volksmiliz der Donezker Volksrepublik (DVR) zur Entminung durch massenweisen Einsatz von "Uran-6"-Entminungsrobotern.

Die erste praktische Schulung mit sechs Maschinen fand am 9. August auf dem Flughafen von Mariupol statt, meldet die russische Nachrichtenagentur [TASS](#) auf ihrem Telegram-Kanal.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62f2a97eb480cc401333d0a9.png>
Bereitstellung des "Uran-6"-Minenräumroboters in Mariupol

22:05 de.rt.com: Seit März lieferte Russland insgesamt 53.000 Tonnen humanitäre Hilfe in die Ukraine, DVR und LVR

Seit dem 2. März hat Russland insgesamt 53.000 Tonnen humanitäre Hilfe an die Volksrepubliken Donezk und Lugansk sowie in die Ukraine geliefert, sagte Michail Misinzew, der Leiter des russischen Zentrums für Verteidigungsmanagement, am Dienstag. Am heutigen Dienstag hätten nach seinen Angaben vier humanitäre Aktionen in den Volksrepubliken Donezk und Lugansk sowie in den Gebieten Charkow und Cherson stattgefunden, bei denen insgesamt weitere 470 Tonnen lebensnotwendige Güter an die Bevölkerung verteilt wurden.

Etwa 24.500 Menschen, darunter mehr als 5.000 Kinder, seien innerhalb der letzten 24 Stunden aus der Ukraine und dem Donbass nach Russland evakuiert worden, so teilt Misinzew mit. Seit Beginn der russischen Sonderoperation waren es insgesamt mehr als 3,2 Millionen Menschen, darunter rund eine halbe Million Kinder.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/original/62f2b44f48fbef2f032625ff.jpg>
Arbeiter beim Entladen von humanitärer Hilfe für die Bewohner der Stadt Mariupol

22:15 de.rt.com: Ukrainisches Militär soll Waffendepot in einem Krankenhaus bei Nikolajew eingerichtet haben

Truppen der ukrainischen Streitkräfte sollen im Gebäude des Tuberkulosekrankenhauses im Dorf Nadbugskoje, Region Nikolajew, ein Waffen- und Munitionslager eingerichtet haben, während alle Patienten aus der Einrichtung verwiesen worden seien. Dies erklärte Generaloberst Michail Misinzew, der Leiter des russischen Zentrums für Verteidigungsmanagement, am Dienstag, wie [TASS](#) berichtet.

"Im Gebäude der Tuberkuloseklinik (Weselinowskaja-Straße) in der Siedlung Nadbugskoje im Gebiet Nikolajew wurden Einheiten der Territorialen Verteidigung stationiert, ein Waffen- und Munitionslager eingerichtet und alle Patienten ungeachtet ihres Gesundheitszustands zynisch aus der Behandlungseinrichtung vertrieben", so erklärt Mizinzew, der das russische Hauptquartier für die Koordination der humanitären Hilfe in der Ukraine leitet.

Seinen Angaben zufolge haben ukrainischen Nationalisten außerdem in Kramatorsk in der Volksrepublik Donezk im Gebäude des städtischen Krankenhauses Nr. 3 (Straße der Helden der Ukraine) ein Kaserne und Schießstände eingerichtet. Das medizinische Personal und die Patienten sind nicht evakuiert worden und werden demnach von den Nationalisten als menschliche Schutzschilde benutzt.

Nach Angaben des Generals haben die ukrainischen Kämpfer in Tscherkassy einen Stützpunkt, Waffen- und Munitionsdepots eingerichtet, Straßensperren und Schießstände im Ambulanzgebäude (Ostafij-Daschkewitsch-Straße) errichtet und die Zufahrten zum Gebäude vermint, doch die örtliche Bevölkerung sei darüber bewusst nicht informiert worden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62f2b3e148fbef733d4d1fb4.jpg>

Farbiges Satellitenbild der Stadt Nikolajew. Das Dorf Nadbugskoje befindet sich etwa auf der Landzunge/Halbinsel, die von Westen in den Fluss Bug hineinreicht. Das vom Foto gezeigte Gebiet ist 50 km x 35 km groß, aufgenommen am 1. Oktober 2021 von Sentinel-2-Satelliten.

vormittags:

6:15 de.rt.com: Entzug von Preisen und Staatsbürgerschaft – Litauen will Sportler für Reise nach Sotschi abstrafen

Litauische Eiskunstläufer, die dem Land bereits mehrere Prestigemedailien eingebracht haben, könnten ihre Auszeichnungen und ihre Staatsbürgerschaft verlieren, da sie bei einem russischen Eisprojekt in Sotschi mitwirken.

Das legendäre litauische Eiskunstlaufpaar Margarita Drobjasko und Povilas Vaganas, das bereits mehrfach für das Land bei Olympischen Spielen angetreten ist, will in Sotschi an der Eisshow "Schwanensee" teilnehmen. Deshalb beabsichtigt Litauen jetzt, hart gegen die Spitzensportler vorzugehen.

Nach Angaben der Nachrichtenagentur TASS schlug der Vorsitzende des Parlamentsausschusses für Recht und Ordnung, Stasys Šedbaras, vor, den Eiskunstläufern ihre Staatsauszeichnungen zu entziehen. Zudem soll Margarita Drobjasko die litauische Staatsbürgerschaft aberkannt werden, die sie nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion angenommen hatte, um für Litauen anzutreten.

"Das litauische Außenministerium werde sich dafür einsetzen, dass den Eiskunstläufern die staatlichen Ehren aberkannt werden und Drobjasko die Staatsbürgerschaft der baltischen Republik entzogen wird", sagte Außenminister Gabrielius Landsbergis in der Sendung

"Thema des Tages" im Abendprogramm des staatlichen Fernsehens am 8. August. "Ich bin bereit, mich an der Diskussion über dieses Thema zu beteiligen und diesen Vorschlag zu unterstützen", betonte der Minister.

Landsbergis hält das Verhalten der Eiskunstläufer, sollten sie in Sotschi aufs Eis gehen, für einen Verrat. "Ich glaube, dass dies ein Verrat an allem ist, was die Ukraine bekämpft und wogegen Litauen, die Europäische Union und alle unsere Partner vorgehen", betonte der Politiker.

Die legendäre russische Eiskunstlauftrainerin Tatjana Tarassowa kommentierte die Pläne der litauischen Führung gegenüber der Nachrichtenagentur TASS:

"Eine absolut abscheuliche Entscheidung, der reinste Völkermord. Ich denke, wir werden das Paar in Russland willkommen heißen. Ihr ganzes Leben lang haben sie ihr Land so sehr geliebt, dass sie nicht nach Russland gewechselt haben. Und dadurch haben sie sehr viele Optionen verpasst. Ich verstehe nicht, wie in der heutigen Zeit, im Jahr 2022, solche Entscheidungen getroffen werden können und jemand diese noch unterstützen kann."

Das Paar Drobjasko-Vaganas gewann Bronze bei den Weltmeisterschaften im Jahr 2000 und war zweimal Bronzemedallengewinner bei den Europameisterschaften (in den Jahren 2000 und 2006) und trat fünfmal bei den Olympischen Spielen an.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62f26d6d48fbef29ce02f38d.jpg>

Margarita Drobjasko und Povilas Vaganas

7:33 de.rt.com: **Behörden beschuldigen Kiew des vorsätzlichen Beschusses des AKW Saporoschje**

Kiew beschießt das Kernkraftwerk Saporoschje absichtlich, um Russland zum Abzug seiner Streitkräfte zu zwingen, erklärte Wladimir Rogow, Mitglied des Hauptrates des Gebietes Saporoschje, gegenüber RIA Nowosti.

Seiner Meinung nach denke die Ukraine bei einem Angriff auf die Nuklearanlage nicht an die möglichen Folgen für Europa. Er **betonte**:

"All dies ist inakzeptabel. Wir sehen den Ausweg aus dieser Situation wie folgt:

Ungehinderter Zugang der IAEO-Beobachter zum AKW Saporoschje, an dem wir seit langem aktiv arbeiten, und weitere Befreiung des postukrainischen Raums. Vor allem Nikopol, Marganez und Tomakowka, da die ukrainischen Streitkräfte von diesen Siedlungen aus den Beschuss des AKW Saporoschje durchführen."

Rogow fügte hinzu, dass der ukrainische Geheimdienst seit mehreren Wochen Informationen über das AKW Saporoschje sammle. Dabei sei die Anlage von Aufklärungsdrohnen und Langstrecken-Mehrfachraketenwerfern der ukrainischen Streitkräfte angegriffen worden.

dan-news.info: Die Werchnekalmiusskaja-Filterstation, die Donezk, Jassinowataja und einen Teil von Makejewka mit Wasser versorgt, ist wieder in Betrieb, teilte heute der Bürgermeister von Donezk Alexej Kulemsin mit.

Gestern war das Personal der Station wegen massiver Schläge gezwungen, den Schutzraum aufzusuchen und die Wasserlieferungen wurden zeitweilig eingestellt.

8:06 de.rt.com: **Russischer Botschafter weist US-Vorwürfe der "Verminung" ukrainischen Territoriums zurück**

Die USA machen Russland für Minen auf dem Territorium der Ukraine verantwortlich, ohne dafür Beweise zu haben. Moskau weist diese Anschuldigungen entschieden zurück, erklärte der russische Botschafter in Washington Anatoli Antonow:

"Washington macht uns zu Unrecht für die Minen auf dem Territorium der Republik verantwortlich."

"Wir weisen diese Andeutungen entschieden zurück. Die internationale Gemeinschaft hat sich bereits davon überzeugt, dass die Ukrainer selbst die Küstengewässer des Schwarzen Meeres verminnt haben."

Er fügte hinzu, dass ukrainische Terroristen Lepestok-Antipersonenminen auf Städte im Donbass abgefeuert hätten, wodurch bereits mehr als 30 Menschen, darunter Kinder und ältere Menschen, ums Leben gekommen seien.

Zuvor hatte die Zeitung Politico unter Berufung auf einen ungenannten Vertreter des US-Außenministeriums berichtet, dass die USA beabsichtigen, der Ukraine in Kürze rund 89 Millionen US-Dollar als Teil der Hilfe für die Entminung ihrer Gebiete zur Verfügung zu stellen.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/original/62f3315eb480cc3fc71f1052.jpg>

Anatoli Antonow

8:41 de.rt.com: **Teil des Gebiets Nikolajew der Verwaltung des befreiten Gebiets Cherson unterstellt**

Die von den russischen Streitkräften kontrollierten Siedlungen im Gebiet Nikolajew sind der Verwaltung des Gebietes Cherson unterstellt worden, erklärte Kirill Stremousow, der stellvertretende Leiter der zivil-militärischen Verwaltung des Gebietes Cherson, gegenüber [RIA Nowosti](#).

"Einige Siedlungen im Gebiet Nikolajew wurden befreit und der Verwaltung von Cherson unterstellt. Wir leisten ihnen humanitäre Hilfe, zahlen Sozialleistungen und Renten."

Das Gebiet Nikolajew grenzt an das Gebiet Cherson. Der größte Teil davon, einschließlich des regionalen Zentrums Nikolajew, befindet sich bisher unter der Kontrolle der ukrainischen Armee.

Mitte März übernahm das russische Militär die Kontrolle über das Gebiet Cherson und den Asowschen Teil des Gebietes Saporoschje. Dort wurden neue zivil-militärische Verwaltungen gebildet, russische Fernseh- und Radiosender nahmen den Sendebetrieb auf. Außerdem wurden die Handelsbeziehungen zur Krim wiederhergestellt. Beide Gebiete haben

angekündigt, Teil Russlands werden zu wollen.

Telegram-Kanal der Volksmiliz der LVR: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann I.M. Filiponenko über die Lage am 10.8.2022

Bei aktiven Offensivhandlungen von Einheiten der Volksmiliz der LVR erlitt der Gegner in den letzten 24 Stunden große Verluste an Personal und Technik. Vernichtet wurden:

- 35 Mann;
- 3 Panzer;
- 4 Schützenpanzerwagen;
- 5 Spezialfahrzeuge.

In den von den ukrainischen Nationalisten befreiten Territorien der Lugansker Volksrepublik geht der Aufbau eines friedlichen Lebens weiter.

Technische Pioniereinheiten der Volksmiliz der LVR setzen die Minenräumung fort.

Während des 9. August haben sie mehr als 7 Hektar Territorium von explosiven Objekten gesäubert, die von ukrainischen Nationalisten in den Gebieten von Loskutowka und Nowoiwanowka zurückgelassen wurden, gesäubert.

Die Volksmiliz der LVR setzt gemeinsam mit gesellschaftlichen Organisationen die Lieferung von humanitärer Hilfe an Einwohner dieser Bezirke fort.

Außerdem haben Vertreter der Volksfront mit Unterstützung der Volksmiliz der LVR humanitäre Ladungen für die Einwohner von Lissitschansk geliefert, dazu gehören Lebensmittelpakete.

9:11 de.rt.com: Russisches Außenministerium kommentiert Selenskijs Forderung nach Flugverbotszone über AKW Saporoschje

Anstelle der absurden Äußerungen des ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij über Flugverbotszonen über ukrainischen Atomkraftwerken sollte endlich eine IAEO-Inspektion des AKW Saporoschje organisiert werden. Darauf wies die Sprecherin des russischen Außenministeriums Maria Sacharowa hin. Auf eine Frage zu Kiews Forderungen, Flugverbotszonen über ukrainischen Atomkraftwerken einzuführen, erklärte sie Radio Sputnik:

"Vergleichen wir die Forderungen kosmischen Ausmaßes des Kiewer Regimes mit dem ganz normalen Routineverfahren, das jedes Mal vorgesehen ist, wenn es um die Sicherheit von Nuklearanlagen geht – die IAEO-Inspektion. Vielleicht könnten wir mit etwas kleinem, etwas offensichtlichem und logischem anfangen, und nicht mit diesen Fantasien, von denen viele Selenskij, wie es scheint, unter dem Einfluss von giftigen Dämpfen in den Sinn kommen?"

"Beginnen sollte man mit der Inspektion, aber ich denke, wir werden jetzt mit der Sitzung des UN-Sicherheitsrates in dieser Angelegenheit beginnen. Wie Sie wissen, ist sie für den 11. August geplant. Russland beruft den Sicherheitsrat ein, weil die internationale Gemeinschaft die Situation bewerten muss, in die das Kiewer Regime alle drängt."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/original/62f352f948fbef591612aa87.jpg>

Maria Sacharowa

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 10.8.22 um 10:30 Uhr

Die ukrainische Seite terrorisiert weiter die Zivilbevölkerung der Republik, indem sie massive Artillerieschläge auf Wohngebiete und Objekte der zivilen Infrastruktur verübt, die ihrerseits keine Gefahr für den Gegner darstellen und keine militärischen Objekte sind.

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner nach Informationen des GZKK der DVR **295 Geschosse** mit Mehrfachraketenwerfern „Grad“, Rohrartillerie des Kalibers 155mm, 152mm und 122mm sowie 120mm-Mörsern **abgefeuert**.

Die Gebiete von **10 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Infolge des Besusses **starben 2 Zivilisten und 20 wurden verletzt**. 72 Wohnhäuser und 9 zivile Infrastruktureobjekte wurden beschädigt.

Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.

Durch gemeinsame Handlungen von Soldaten der Donezker Volksrepublik und der Streitkräfte der Russischen Föderation wurden in den letzten 24 Stunden folgende feindliche Waffen und Militärtechnik vernichtet: 2 Schützenpanzerwagen, ein Panzerfahrzeug und ein Feldmunitionslager. 3 Feuerstellungen des Gegners in den Gebieten von Awdejewka und Newelskoje wurden beseitigt.

Derzeit gehen die Arbeiten zur Minenräumung von Antipersonenminen PFM-1 „Lepestok“ (PFM-1S) weiter. Wir bitten dringend darum, bei der Bewegung vorsichtig zu sein sowie die Kontrolle über Kinder zu verstärken.

9:44 de.rt.com: **Gebiet Cherson: Bevölkerung des Gebietes will Teil Russlands sein**

Sehr viele Einwohner des Gebietes Cherson seien der Meinung, dass das Gebiet Teil Russlands sein sollte. Dies zeige sich an der Zahl derjenigen, die einen russischen Pass beantragen wollten, erklärte Georgi Schurawko, der Leiter der Militär- und Zivilverwaltung des Aljoschkin-Distrikts des Gebietes Cherson, gegenüber [TASS](#). Er hob hervor:

"Der Schlange vor dem Passamt nach zu urteilen, ist eine Erklärung nicht einmal nötig. Viele Menschen beantragen die russische Staatsbürgerschaft, viele Menschen teilen diesen Standpunkt und wollen in Russland und mit Russland zusammenleben."

Das Gebiet Cherson liegt im Süden der Ukraine und grenzt an die Republik Krim. Mitte März erklärte das russische Verteidigungsministerium, das Gebiet sei vollständig unter Kontrolle der russischen Truppen. Ende April wurde dort eine zivil-militärische Verwaltung eingerichtet. Die Behörden des Gebietes erklärten, man wolle Teil der Russischen Föderation werden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/original/62f342c348fbef608b6084ac.jpg>
Stele der Stadt Cherson

10:19 de.rt.com: **Zahl der Verletzten bei Explosionen in Nowofjodorowka steigt auf 13**

Die Zahl der Verletzten bei den Explosionen auf dem Flugplatz in Nowofjodorowka an der Westküste der Krim ist nach Angaben des Gesundheitsministeriums der russischen Teilrepublik auf 13 gestiegen. Das berichtet [RIA Nowosti](#) mit Verweis auf den Pressedienst der Behörde.

Zuvor hatte das Ministerium von neun Opfern berichtet, ein Zivilist soll getötet worden sein. Im Bezirkskrankenhaus Saki wurden zehn verletzte Patienten, darunter zwei Minderjährige, ambulant medizinisch versorgt. Sie alle wurden leicht verletzt. Ein Patient wird weiterhin stationär im Krankenhaus behandelt. Zwei weitere Opfer suchten selbst Hilfe im Krankenhaus in Simferopol und wurden nach der Behandlung entlassen.

Nach Angaben des russischen Verteidigungsministeriums ist am Dienstagnachmittag auf einem Flugplatz in Nowofjodorowka Munition explodiert. Die Ursachen werden derzeit ermittelt. Dem Bericht vom Tatort zufolge soll es keine Brandeinwirkung auf das Munitionslager auf dem Flugplatz gegeben haben.

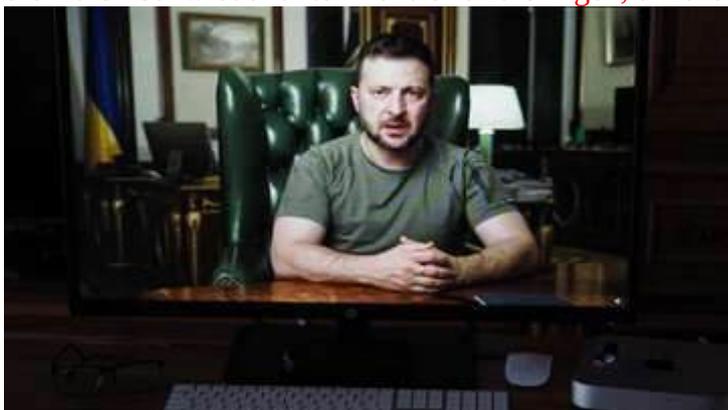
11:31 (10:31) [novorosinform.org](#): **In der Ukraine wurde über Pläne zur Rückeroberung der Krim gesprochen**

Der Präsident der Ukraine gab seine Absicht bekannt die Halbinsel zurückzuholen.

Der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij kündigte in einer weiteren Videobotschaft Pläne an, die Krim wieder unter ukrainische Kontrolle zu bringen, berichtet „Lenta“.

Nach den Explosionen auf dem Flugplatz, die sich auf der Halbinsel ereigneten, gab Selenskij seine Absicht bekannt, den Konflikt dort zu beenden, wo er begonnen hatte. Ihm zufolge habe Russland die Krim, "die immer einer der besten Orte in Europa war und sein wird", zu einem der gefährlichsten Orte gemacht. Er fügte hinzu, dass die Ukraine die Halbinsel niemals aufgeben werde.

Selenskij erhebt solche Behauptungen trotz offener Skepsis im Westen. So hat man in Deutschland früher die Angemessenheit der Worte des ukrainischen Präsidenten über die Rückholung der Krim in Frage gestellt. Eine deutsche Zeitung berichtete, dass seine Pläne, die Halbinsel wieder unter Kontrolle zu bringen, unzureichend und unrealistisch seien.



https://www.novorosinform.org/content/images/06/95/50695_720x405.jpg

10:48 de.rt.com: **Ukrainische Truppen beschießen erneut Gorlowka, treffen Gebäude eines Unterhaltungszentrums**

Beim erneuten Beschuss von Gorlowka in der Volksrepublik Donezk durch das ukrainische Militär soll das Gebäude des Vergnügungszentrums Bermuda getroffen worden sein. Auch nahe einer Bushaltestelle seien Geschosse eingeschlagen, [teilt](#) Bürgermeister Iwan Prichodko auf Telegram mit.

"Ukrainische Kämpfer haben die Wohnsiedlung Solnetschny unter Beschuss genommen! Feindliche Granaten sollen in der Nähe der Bushaltestelle in der Gretschnew-Straße und des Gebäudes des Bermuda-Unterhaltungszentrums eingeschlagen sein."

Gorlowka liegt 50 Kilometer nördlich von Donezk und ist Sitz des Chemiekonzerns Stirol und mehrerer Kohlebergbauunternehmen. Die Stadt ist eine der größten Ortschaften der DVR und steht seit 2014 unter der Verwaltung der Republik. Vor dem Konflikt im Donbass hatte Gorlowka eine Bevölkerung von mehr als 250.000 Menschen. Die Siedlung Saizewo am Stadtrand sowie die Minensiedlungen Gagarin und 6/7 sind hier die häufigsten Ziele ukrainischer Artilleristen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/original/62f34c8248fbef633a28ec65.jpg>

Wagen des örtlichen Notfalldienstes in Gorlowka

11:49 (10:49) [novorosinform.org](https://www.novorosinform.org): **Die Türkei beginnt, Karten von sanktionierten russischen Banken zu akzeptieren**

Türkische Banken haben damit begonnen, von unter Sanktionen stehenden russischen Banken ausgestellte Mir-Karten zu akzeptieren.

Türkische Banken akzeptieren wieder Mir-Karten, die von russischen Banken ausgestellt wurden, die auf der westlichen Sanktionsliste stehen, berichtet Kommersant. Insbesondere akzeptierten türkische Banken akzeptieren VTB- und Sberbank-Karten.

Mindestens zwei der fünf Banken in der Türkei, die eine Vereinbarung mit dem Mir-Zahlungssystem unterzeichnet haben, haben damit begonnen, Karten von russischen Banken zu akzeptieren. Es wurde keine öffentliche Ankündigung über die Wiederaufnahme der Arbeit mit dem Mir-System gemacht. Anwälte glauben, dass diese türkischen Banken unter sekundäre Sanktionen aus Washington fallen könnten. Dies könnte so weit gehen, dass sie vom SWIFT-System getrennt werden.

Insgesamt arbeiten fünf Kreditinstitute in der Türkei mit dem Mir-Zahlungssystem: Türkiye İis Bankası, Ziraat Bankası, VakıfBank, DenizBank und Halkbank. Aber der Präzedenzfall für die Akzeptanz von Karten von Banken unter Sanktionen wurde zum ersten Mal entdeckt.



https://www.novorosinform.org/content/images/06/97/50697_720x405.jpg

10:51 de.rt.com: **Israelische Streitkräfte töten zwei palästinensische Jugendliche**

Laut Angaben des palästinensischen Gesundheitsministeriums haben Einheiten der israelischen Armee zwei palästinensische Jugendliche bei Zusammenstößen im Westjordanland erschossen. Zuvor hatte die israelische Armee einen ranghohen palästinensischen Kommandeur getötet.

Israelische Sicherheitskräfte haben am Dienstag bei Zusammenstößen im Westjordanland zwei jugendliche palästinensische Demonstranten erschossen, wie das palästinensische Gesundheitsministerium und die militante Gruppe Islamischer Dschihad mitteilten.

Zu den blutigen Vorfällen war es gekommen, nachdem israelische Spezialeinheiten das Haus des ranghohen militanten palästinensischen Kommandeurs Ibrahim al-Nabulsi in Nablus umstellt hatten. Al-Nabulsi, der hinter mehreren Anschlägen in Israel vermutet wird, weigerte sich, sich zu ergeben, und wurde zusammen mit einem weiteren Bewaffneten getötet. Medienberichten zufolge versammelten sich nur wenige Stunden nach der Schießerei Tausende von Palästinensern, um al-Nabulsi die letzte Ehre zu erweisen, wobei während des Trauerzuges Rufe nach Rache laut wurden.

Kurz darauf kam es zu gewaltsamen Zusammenstößen. Das israelische Militär bestätigte, dass seine Truppen das Feuer auf Gruppen von Palästinensern eröffneten, die Steine und Feuerwerkskörper auf die Soldaten geworfen haben sollen.

Die Organisation Islamischer Dschihad erklärte später, ein 16-Jähriger sei bei den Zusammenstößen getötet worden, während die palästinensischen Gesundheitsbehörden in der Stadt Hebron den Tod eines weiteren 17-Jährigen meldeten, der im Krankenhaus seinen Verletzungen erlag.

Etwa 40 weitere Palästinenser sollen ebenfalls Verletzungen erlitten haben.

Opfer auf der israelischen Seite wurden bisher nicht gemeldet.

Die Eskalation im Westjordanland erfolgte wenige Tage, nachdem Israel und der Islamische Dschihad am Sonntag einen Waffenstillstand geschlossen hatten, der die israelische Militäroperation im Gazastreifen beendete, die sich gegen die militante Gruppe richtete. Bei den dreitägigen israelischen Angriffen wurden mindestens 44 Palästinenser getötet. Nach Angaben israelischer Beamter befanden sich unter den Toten auch einige der führenden Kommandeure des Islamischen Dschihad.

Die palästinensische Gruppe feuerte daraufhin Salven von Raketen auf Israel ab, wobei jedoch keine Opfer zu beklagen waren, da das israelische Luftabwehrsystem Iron Dome einige der ankommenden Raketen abfing.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62f34f9448fbef5e001e2204.jpeg>

11:21 de.rt.com: **Sacharowa: UN-Blockade des IAEA-Besuchs im KKW Saporoschje unverantwortlich**

Die Entscheidung der Sicherheitsabteilung des UN-Sekretariats, den Besuch der Mission der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) im Kernkraftwerk Saporoschje zu blockieren, sei unverantwortlich. Dies erklärte die Sprecherin des russischen Außenministeriums Maria Sacharowa und wies darauf hin, dass die Blockade des Besuchs Kiew grünes Licht für den Beschuss der Anlage gegeben habe:

"Die UNO hat in diesem Fall eine negative Rolle gespielt, nicht nur eine destruktive, meiner Meinung nach sogar eine Art seltsame, die mehr Fragen in diesem Fall aufwirft."

Laut Sacharowa habe die Entscheidung der Sicherheitsabteilung des UN-Sekretariats "eine Kette von zerstörerischen Ereignissen" in Gang gesetzt. Die Kiewer Behörden hätten "eine solche Haltung der Weltorganisation als grünes Licht für ihre Handlungen" bewertet und mit dem Beschuss des KKW Saporoschje begonnen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62f3702fb480cc414d1dba68.jpg>

11:58 de.rt.com: **EU und Großbritannien: Kohleembargo gegen Russland tritt in Kraft**

Die EU-Mitgliedstaaten und Großbritannien stellen am Donnerstag den Import von Kohle aus Russland ein. Trotz möglicher schwerwiegender Folgen versuchen die Länder, die russische Wirtschaft vor dem Hintergrund des Krieges in der Ukraine weiter zu schwächen.

Die EU-Staaten dürfen ab Donnerstag keine Kohle mehr aus Russland importieren. Um Mitternacht endet die Übergangsphase für das Kohleembargo gegen Russland, das die EU-Staaten als Teil des fünften Sanktionspakets im April beschlossen hatten. Damit sich die Industrie auf das Einfuhrverbot einstellen konnte, hatten sich die Länder auf eine Übergangsfrist von 120 Tagen geeinigt.

Ziel des Importstopps sei es, die russische Wirtschaft vor dem Hintergrund des Kriegs in der Ukraine weiter zu schwächen, hieß es aus Brüssel. Nach Angaben der EU-Kommission im April könnte das Kohleembargo für Russland ein Minus von rund acht Milliarden Euro pro Jahr bedeuten.

Die russische Nachrichtenagentur TASS berichtet jedoch, dass Russland einer der größten Kohlelieferanten der EU sei. Nach Angaben des russischen Energieministeriums habe Russland im Jahr 2021 48,7 Millionen Tonnen Kohle oder 21,8 Prozent der Gesamtimporte der EU-Mitgliedstaaten geliefert.

In Großbritannien tritt das Kohleembargo gegen Russland am 10. August in Kraft. Für Großbritannien könne dies jedoch schwerwiegende Folgen haben, weil das Land erheblich von Kohlelieferungen aus Russland abhängig sei, erklärt TASS. Laut Statistik habe das Land im Jahr 2021 48 Prozent seines Kohlebedarfs importiert. Das Gesamtvolumen habe 4,6 Millionen Tonnen betragen. Davon seien 43 Prozent russische Kohle gewesen.

Mit dem Kohleembargo sanktionierte die EU erstmals Energielieferungen aus Russland. In einem späteren Sanktionspaket einigten sich die EU-Länder zudem darauf, Erdöllieferungen aus Russland weitgehend zu verbieten, um den Druck auf Moskau weiter zu erhöhen.

Dies soll jedoch erst ab Ende des Jahres gelten, mit Ausnahmen für einige besonders abhängige Länder wie Ungarn, die weiterhin per Pipeline aus Russland beliefert werden dürfen. Am Dienstag gab der russische Staatskonzern Transneft allerdings bekannt, dass Öllieferungen über die Druschba-Leitung nach Ungarn eingestellt worden seien. Am 4. August hatte das ukrainische Energieunternehmen Ukrtransnafta die Lieferung von russischem Öl über die Druschba-Pipeline nach Ungarn, Tschechien und in die Slowakei gestoppt. Kiew stellte den Transit ein, weil Russland aufgrund der EU-Sanktionen den Transit nicht mehr bezahlen konnte.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62f37221b480cc3ee6410bdb.jpg>

11:59 de.rt.com: **Russisches Verteidigungsministerium meldet Zerstörung eines deutschen Flugabwehrkanonenpanzers Gepard**

Die russischen Streitkräfte haben in der Nähe von Nowopawlowka (Gebiet Nikolajew) einen von Deutschland an Kiew gelieferten Flugabwehrkanonenpanzer Gepard zerstört. Das verkündete am Mittwoch Generalleutnant Igor Konaschenkow, der offizielle Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums. Er erklärte laut der Nachrichtenagentur [TASS](#): "In der Nähe des Ortes Nowopawlowka im Gebiet Nikolajew wurde ein von Deutschland an das Kiewer Regime geliefertes Flugabwehrraketen- und Geschützsystem vom Typ Gepard zerstört."

Das deutsche Flugabwehrsystem "[Gepard](#)" ist für die Deckung von Bodentruppen und die Zerstörung von Luftzielen mit einer Geschwindigkeit von bis zu 400 Metern pro Sekunde, konzipiert. Es wird auch zur Zerstörung von wenig gepanzerten Bodenzielen in Entfernungen von bis zu 4.500 Metern eingesetzt.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62f37fcfb480cc3fc71f1089.jpg>
Flakpanzer "Gepard" der Bundeswehr während einer Übung

nachmittags:

12:18 de.rt.com: **Nach Beschuss der Antonowski-Brücke durch ukrainische Armee: Einwohner von Cherson nutzen Boote, um ins Krankenhaus zu gelangen**

Die Einwohner der Stadt Aljoschki am Ostufer des Dnjepr im Gebiet Cherson sind nach Raketenangriffen auf die Antonowski-Brücke durch ukrainische Truppen gezwungen, Boote zu nutzen, um ins regionale Krankenhaus zu gelangen. Aufgrund der Schließung der Brücke nach deren Beschädigung durch die ukrainischen Artilleristen haben auch die örtlichen Landwirte Probleme, ihren Tätigkeiten nachzugehen, wies Georgi Schurawko, Leiter der Militär- und Zivilverwaltung des Aljoschkin-Distrikts des Gebietes Cherson, gegenüber [TASS](#) hin. Die örtlichen Behörden würden Boote organisieren, um die Menschen über den Fluss zu bringen.

Schurawko erklärte, dass auch die Bewohner des Distrikts, die verschiedene Bescheinigungen benötigen, und diejenigen, die ihren Lebensunterhalt mit dem Verkauf ihrer landwirtschaftlichen Erzeugnisse in Cherson verdienen, unter der Situation leiden. Er hob hervor:

"Es ist ein sehr großes Problem. Dieses Problem wurde uns von der ukrainischen Regierung auferlegt, die sich in verschiedenen Medien damit brüstete, Russland zu besiegen und dergleichen. Nein, in diesem Fall besiegen sie ihr eigenes Volk, über das sie sich so sehr beschweren und von dem sie sagen, dass sie es lieben."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/original/62f35d4748fbef591612aa8f.jpg>

Eine vom russischen Verteidigungsministerium organisierte Pontonüberquerung des Dnjepr in Cherson. Die Schwimmplattform befördert kostenlos Einwohner der Stadt, Fahrzeuge und Fracht.

13:36 (12:36) novorosinform.org: **In der DVR wurde über einen Mangel an Granaten bei der Gruppierung der Streitkräfte der Ukraine in Awdejewka berichtet**

Artilleristen der Volksmiliz DVR meldeten ein Problem bei der Lieferung von Munition an die Streitkräfte der Ukraine.

Die Artillieriemannschaften des Mehrfachraketenystems Grad der 1. Slawjansker Brigade der Volksmiliz der DVR glauben, dass die BFU-Gruppierung in Awdejewka Probleme mit Munition und Granaten hat, berichtet RIA Novosti.

Laut einem der Soldaten wenden ukrainische Artilleristen die dafür typische Taktik an. Normalerweise verwenden sie großkalibrige Artillerie, nämlich 152, 155 mm und Uragan MLRS, mit deren Hilfe sie das Territorium der DVR mit PFM-1 Antipersonenminen „Lepetok“ und PTM-1-Panzerabwehrminen aus der Ferne verminen.

Es wurde auch festgestellt, dass die Streitkräfte der Ukraine begannen, Artillerie weniger einzusetzen.

"Wenn sie vor zwei oder drei Tagen 15-20 Schüsse abgegeben haben, um uns zu unterdrücken, sind es jetzt nicht mehr als 5-10. Höchstwahrscheinlich befinden sie sich in einem Halbkreis und haben im Moment nicht so viel Munition, wie sie möchten." - sagte der Kämpfer Volksmiliz.



https://www.novorosinform.org/content/images/07/07/50707_720x405.jpg

12:41 de.rt.com: **Kämpfe im Gorlowka-Vorort Saizewo**

Der Bürgermeister von Gorlowka Iwan Prichodko [berichtet](#) auf seinem Telegram-Kanal von schweren Kämpfen nahe der benachbarten Ortschaft Saizewo:

"Gorlowka. In der Nähe von Saizewo sind schwere Kämpfe im Gange. Der Feind beschießt die Stadt chaotisch und versucht, die Arbeit der Artillerie der alliierten Kräfte abzulenken."

Der Beamte fordert die Einwohner auf, in den Unterkünften zu bleiben und sich so wenig wie möglich in der Stadt zu bewegen.

12:49 de.rt.com: **Umfrage: Russen bereit, sowohl den Frieden als auch neue Offensive gegen Kiew zu unterstützen**

Mehr als die Hälfte der Russen wären bereit, Wladimir Putins Entscheidung zu unterstützen, die Kämpfe in der Ukraine zu beenden. Kurios: Fast dieselbe Anzahl von Befragten wäre auch

bereit, seine Pläne zu begrüßen, eine neue Offensive zu starten.

Rund 65 Prozent der Russen würden eine hypothetische Entscheidung des russischen Präsidenten unterstützen, die Sonderoperation in der Ukraine bereits morgen zu beenden. Das zeigen Ergebnisse einer Umfrage des soziologischen Dienstes Russian Field, die die russische Zeitung Kommersant am Dienstag veröffentlichte. Spannend in diesem Zusammenhang ist, dass gleichzeitig rund 60 Prozent der Befragten eine neue Offensive gegen Kiew gutheißen würden, falls Wladimir Putin sie morgen ankündigen sollte.

Dass die Mehrheit der Russen bereit ist, zwei gegensätzliche Entscheidungen von Wladimir Putin zu akzeptieren, könnte laut dem Politikwissenschaftler Alexei Makarkin als hohes Vertrauen in den Präsidenten gewertet werden, schreibt Kommersant. Zudem gebe es innerhalb der Gesellschaft die Haltung, dass die Behörden sich in der Politik besser auskennen als die "kleinen Leute". Daher hänge der offensichtliche Widerspruch auch mit der mangelnden Bereitschaft zusammen, über aktuelle politische Probleme nachzudenken, meinte der Politologe.

Den Standpunkt, dass die Kampfhandlungen in der Ukraine bereits zu lange dauern, vertreten 59 Prozent der Befragten. Die gegenteilige Meinung teilen 28 Prozent und 13 Prozent blieben bei dieser Frage unentschieden. Insgesamt 41 Prozent der Befragten sagten, dass sie sich "müde von den Nachrichten über den Verlauf der Sonderoperation" fühlten.

Insgesamt sprach sich die Hälfte der Befragten (52 Prozent) für die Fortsetzung der Kriegshandlungen aus, während 38 Prozent den Übergang zu Friedensgesprächen bevorzugen würden. Die Autoren der Umfrage betonen, dass das Verhältnis von Befürwortern zu Gegnern des Kriegs innerhalb der russischen Bevölkerung zwischen Mitte März und Ende Juli praktisch unverändert blieb.

Dabei wären fast zwei Drittel der befragten Männer (62 Prozent) nicht bereit, sich persönlich an den Kampfhandlungen in der Ukraine zu beteiligen. Diesen Wunsch zeigten nur 29 Prozent der Befragten, vor allem waren es Männer im Alter von 45 bis 59 Jahren. Bei den unter 30-Jährigen hat diesen Wunsch nur jeder fünfte Mann.

Auch den Willen, dem russischen Militär finanziell zu helfen, verspüren nicht viele. Zwei Drittel (67 Prozent) zeigten sich überhaupt nicht bereit, ihre eigenen Mittel zu spenden, um die Armee zu unterstützen. Weitere 12 Prozent würden höchstens 1.000 Rubel (umgerechnet rund 16 Euro) pro Monat ausgeben.

Die Umfrage wurde vom 28. bis 31. Juli per Telefoninterview durchgeführt. Es wurden 1.609 Personen in acht Föderationskreisen Russlands befragt. Die Autoren der Umfrage warnen, dass die Ergebnisse möglicherweise nicht die tatsächlichen Verhältnisse widerspiegeln, da immer weniger Menschen über dieses Thema offen sprechen wollen.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62f36dea48fbef5b8564de40.jpg>

12. Juli 2022, Lissitschansk: Einwohner erhalten humanitäre Hilfe aus Russland

12:57 de.rt.com: **Energodar: Täglicher Beschuss durch die ukrainischen Streitkräfte mit Mehrfachraketenwerfern vom Typ Uragan**

Ukrainische Streitkräfte beschießen täglich Wohngebiete der Stadt Energodar, wo sich das Kernkraftwerk Saporoschje befindet. Das verkündete Aleksandr Wolga, der Leiter der Militär- und Zivilverwaltung der Stadt, gegenüber [TASS](#). Er erklärte:

"Die Lage in der Stadt ist unter Kontrolle, aber der tägliche Beschuss von Wohngebieten der Stadt Energodar und von verwaltungsmäßig unterstellten Siedlungen in der Nähe gibt Anlass zur Sorge. Der Beschuss erfolgt täglich mit großkalibriger Artillerie und Uragan-Mehrfachraketenwerfern. Besonders besorgniserregend ist der Einsatz von Panzerfäusten und verbotenen Lепесток-Minen gegen Zivilisten, der sich am 9. August in einem Wohngebiet des Ortes Dnjeprowka ereignete."

Allein in der vergangenen Woche seien sieben Zivilisten bei Beschuss durch ukrainische Streitkräfte verletzt worden, zwei von ihnen tödlich.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/original/62f3644748fbef697b1968ed.jpg>

Bei Drohnenangriffen ukrainischer Truppen beschädigtes Fenster in einem Gebäude nahe des Kernkraftwerks Saporoschje

13:19 de.rt.com: **Polens Regierungschef Morawiecki prangert deutschen und französischen "Imperialismus" in EU an**

Laut Polens Regierungschef Mateusz Morawiecki hat die "Schockwirkung der russischen Invasion in der Ukraine" die Defizite der EU zutage treten lassen. Daher gelte es nun nicht nur, den angeblichen "russischen Imperialismus" zu besiegen, sondern auch diesem innerhalb der EU ein Ende zu setzen. Wörtlich hieß es:

"Wir müssen auch die Bedrohung durch den Imperialismus innerhalb der EU besiegen. Wir brauchen eine tiefgreifende Reform, die das Gemeinwohl und die Gleichheit wieder an die Spitze der Grundsätze der Union stellt."

Ferner präzisierte Morawiecki, dass es die Positionen Deutschlands und Frankreichs seien, die mehr zählten als alle anderen:

"Wir haben es also mit einer formalen Demokratie und einer faktischen Oligarchie zu tun, in der der Stärkste die Macht innehat."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62f378a7b480cc5f971a63e3.jpg>

13:26 de.rt.com: **Estlands Premierministerin fordert totales und EU-weites Einreiseverbot für Russen**

Mit der Begründung, Reisen nach Europa seien "ein Privileg und kein Menschenrecht", forderte die estnische Premierministerin die Mitglieder der Schengen-Zone auf, russischen Staatsbürgern keine Visa mehr auszustellen. Der Kreml reagierte empört.

Die estnische Premierministerin Kaja Kallas hat die Schengen-Staaten aufgefordert, die Ausstellung von Visa für russische Staatsbürger auszusetzen. "Stoppt die Ausstellung von Visa an Russen. Europa zu besuchen ist ein Privileg, kein Menschenrecht", schrieb Kallas am Dienstag auf [Twitter](#). Ihr war offenbar nicht bewusst, dass bereits rund 75 Prozent der russischen Bevölkerung auf dem europäischen Kontinent leben. Die EU habe zwar den Flugverkehr aus Russland nach Beginn der Militäroperation Moskaus in der Ukraine Ende Februar eingestellt, aber Länder des Schengen-Raums würden weiterhin Visa an Russen ausstellen, schrieb sie. "Es ist an der Zeit, den Tourismus aus Russland jetzt zu beenden." Estland, Lettland und Finnland, die alle drei an Russland grenzen und somit die "einzigsten Eintrittspunkte in die EU" seien, werden daher gezwungen, "die Belastung" durch russische Bürger zu tragen, erklärte Kallas – wobei sie offenbar Polen und Litauen ignorierte.

Das Schengen-Abkommen ermöglicht das Reisen in und durch 26 europäische Länder. Dazu gehören die meisten EU-Mitgliedstaaten, mit Ausnahme von Bulgarien, Kroatien, Zypern, Rumänien und Irland. Die Nicht-EU-Staaten im Abkommen sind Island, Liechtenstein, Norwegen und die Schweiz.

Der Tweet der estnischen Premierministerin folgte auf eine Forderung des ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij, allen Russen für mindestens ein Jahr eine Einreise in den Westen zu verbieten.

"Die wichtigste Sanktion besteht darin, die Grenzen abzuschotten – weil Russland einem Nachbarland Gebiete entreißt." Russen sollten "so lange in ihrer eigenen Welt leben, bis sie ihre Philosophie ändern", sagte er der Washington Post am Montag.

Vergangene Woche sagte zudem der estnische Außenminister Urmas Reinsalu gegenüber Bloomberg, dass der baltische Staat in der nächsten Runde der Sanktionen der EU gegen Moskau ein EU-weites Einreiseverbot für russische Bürger sehen wolle. Reinsalu machte seine Bemerkungen, während er in Kiew war, und betonte, diese Idee sei mit Selenskij besprochen worden.

Estland war von Anbeginn des Konflikts mit Russland ein starker Unterstützer der Ukraine und plädierte bei den Sanktionen für ein noch härteres Durchgreifen der EU gegen Moskau. Tallinn setzte kurz nach Ausbruch der Kämpfe die Ausstellung der meisten Arten von Visa für Russen aus. Estland kann jedoch russische Staatsbürger nicht an der Einreise hindern, wenn sie ein von einem anderen EU-Mitgliedstaat ausgestelltes Visum haben.

Während eine Reihe anderer EU-Staaten – Litauen, Lettland, Polen und die Tschechische

Republik – ebenfalls Beschränkungen eingeführt haben, würde ein EU-weites Verbot die Zustimmung aller 27 Mitglieder der Union erfordern. Eine Sprecherin der EU-Kommission betonte am Dienstag, dass die EU-Staaten in ihrem nationalen Recht großen Spielraum hätten, die Vergabe von Langzeitvisa einzuschränken oder auszusetzen.

Die ukrainische Forderung nach einem internationalen Reisebann für alle Russen hat in Moskau heftige Kritik ausgelöst. "Die Irrationalität des Gedankens übersteigt jedes Maß", kritisierte der Sprecher des Kremls Dmitri Peskow. "Die EU wird sich früher oder später fragen müssen, ob Selenskij alles richtig macht und ob ihre Bürger nicht für dessen Launen zahlen." Dmitri Medwedew, ehemaliger russischer Präsident und heute stellvertretender Leiter des Sicherheitsrates der Russischen Föderation, ging sogar so weit, Selenskij als "größten ukrainischen Clown" zu bezeichnen, und warf der estnischen Ministerpräsidentin Kallas "Nazi-Äußerungen" vor.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62f38bfa48fbef591612aad3.jpg>

Die estnische Premierministerin Kaja Kallas

13:42 de.rt.com: **Moskau: 70 Prozent einer ukrainischen Brigade vernichtet, drei ukrainische Flugzeuge abgeschossen**

Die ukrainische 56. Motorisierte Infanteriebrigade habe nach den russischen Luftangriffen auf ihre Stellungen in der Nähe der Siedlung Peski im Donbass ihre Kampfkraft verloren. Dies teilte das russische Verteidigungsministerium mit:

"Bis zu 70 Prozent des Personals in den Einheiten des Verbandes wurden vernichtet. Die meisten ukrainischen Bürger, die mobilisiert wurden, um die Verluste der Brigade auszugleichen, weigerten sich, an die Kontaktlinie zu gehen und desertierten."

Darüber hinaus seien bis zu 30 Militärangehörigen der 54. Mechanisierten Brigade, die in der Siedlung Krasnogorowka stationiert waren, und bis zu 100 Kämpfer in der Nähe von Andrejewka im Gebiet Charkow durch die Luftangriffe getötet worden. Außerdem seien mehr als 6.000 Artilleriegeschosse und Mörserbomben zerstört worden, so das russische Militär weiter. Überdies seien über dem Gebiet Nikolajew drei ukrainische Flugzeuge abgeschossen worden.

14:01 de.rt.com: **Gruppe von SBU-Unterstützern im Gebiet Cherson festgenommen**

Das Innenministerium des Gebietes Cherson hat mitgeteilt, dass eine Gruppe von Kräften der ukrainischen Sicherheitsdienste festgenommen worden sei. In einer Erklärung heißt es laut [RIA Nowosti](#):

"Vier Einwohner des Gebietes Cherson, Jahrgänge zwischen 1977 und 1984, wurden festgenommen. Sie transportierten Saboteure, Waffen und Munition entlang des Flusses im Bezirk Golopristanski und bestückten Verstecke in den Wäldern."

Einer der Festgenommenen soll als Fischer verkleidet mit dem Fahrrad um die Standorte der russischen Truppen herumgefahren sein, um der ukrainischen Seite Informationen und Koordinaten zu übermitteln.

Im Besitz der SBU-Unterstützer wurden Waffen gefunden. Vier Panzerabwehrminen mit Zündern, Granaten, drei Kalaschnikow-Maschinenpistolen mit Munition, zwei polnische Komar-Granatwerfer und eine Schreckschusspistole wurden beschlagnahmt.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/original/62f37ca148fbef5e001e222d.jpg>
Soldat der russischen Nationalgarde in Cherson

15:08 (14:08) novorosinform.org: **Streitkräfte der Ukraine haben ein Schulinternat in Donezk beschossen**

Ukrainische Streitkräfte griffen das Gebäude eines Internats im Petrowskij-Bezirk der Hauptstadt der DVR an, teilte der Stab der Territorialverteidigung mit. „Infolge des Beschusses der BFU entlang der Krasnogowskaja-Straße im Petrowskij-Bezirk von Donezk wurde das Gebäude des Internats Nr. 3 beschädigt“, heißt es in dem Text. Zuvor hatte das GZKK mitgeteilt, dass Kiewer Banden am Morgen mehrere Bezirke der Stadt beschossen hätten. Der Feind eröffnete mehr als 18 Mal das Feuer. Es wurde Artillerie eingesetzt, einschließlich der von der NATO hergestellten. Beim Beschuss des Petrowskij-Bezirks der Hauptstadt wurden zwei Menschen verletzt. Darüber hinaus gab die Behörde den Beschuss des Kirowskij-Bezirks der Hauptstadt bekannt. Dabei sei ein Kindergartengebäude getroffen worden.



https://www.novorosinform.org/content/images/07/12/50712_720x405.jpg

14:27 de.rt.com: **Kiew verhängt ab 11. August besondere Ein- und Ausreiseregung im noch selbst kontrollierten Teil der DVR**

Ab dem 11. August gilt in dem von Kiew noch kontrollierten Gebiet der Donezker

Volksrepublik (DVR) eine besondere Ein- und Ausreiseregulierung. Dies teilte der von den ukrainischen Behörden ernannte Leiter der "Regionalen Militärverwaltung Donezk" Pawel Kirilenko mit. Wörtlich hieß es auf seinem Telegram-Kanal:

"Am 11. August tritt im Gebiet Donezk eine Sonderregelung für die Ein- und Ausreise sowie den Fahrzeugverkehr in Kraft."

Kirilenko fügte hinzu, dass die Sonderregelung ein Verbot der unerlaubten Verbringung von Spezialausrüstung, die zu Verteidigungszwecken verwendet werden könnte, sowie ein Verbot der Einfahrt und des Transports von Fahrzeugen mit alkoholischen Getränken umfasse.

14:39 de.rt.com: **China schließt Szenario einer gewaltsamen Übernahme Taiwans nicht aus**

Befürworter der Unabhängigkeit Taiwans und äußere Kräfte könnten eine rote Linie überschreiten, nach der es Peking freisteht, Gewalt zur Wiedervereinigung anzuwenden. Dies sagt der chinesische Staatsrat. China bestehe darauf, ein friedliches Szenario anzustreben. China ist zu einer "friedlichen Wiedervereinigung" mit Taiwan bereit, schließt aber verschiedene Formen von "separatistischen Aktivitäten" im Zusammenhang mit der Unabhängigkeit der Insel völlig aus. Dies geht aus einem Dokument hervor, das vom Büro des Staatsrates der Volksrepublik China für Taiwan-Angelegenheiten erstellt wurde. Es trägt den Titel "Die Taiwan-Frage und Chinas Wiedervereinigung in einer neuen Ära". In dem Dokument des chinesischen Staatsrats heißt es:

"Wir versprechen nicht, auf die Anwendung von Gewalt zu verzichten, und behalten uns die Möglichkeit vor, alle notwendigen Maßnahmen gegen die Einmischung äußerer Kräfte und der wenigen Separatisten der 'Unabhängigkeit Taiwans' zu ergreifen."

Die chinesische Seite werde "nicht-friedliche Mittel" als "letztes Mittel" einsetzen, warnte der Staatsrat. In dem Dokument heißt es, dass sich Peking im Falle von Provokationen und der Verletzung "roter Linien" durch Anhänger der Unabhängigkeit Taiwans und "externe interventionistische Kräfte" berechtigt sieht, entschlossen zu handeln. Dabei beabsichtige China, die "Wiedervereinigung" mit größter "Aufrichtigkeit und Anstrengung" anzustreben, heißt es in dem Dokument. Der chinesische Staatsrat fügte ebenfalls hinzu:

"Der Widerstand gegen die Wiedervereinigung im Namen der ‚Unabhängigkeit Taiwans‘ wird der Geschichte und Kultur der chinesischen Nation sowie der Entschlossenheit und dem Willen von mehr als 1,4 Milliarden Chinesen niemals standhalten. Es ist absolut unmöglich, dies zu erreichen."

Die Eskalation um Taiwan erfolgte nach einem Besuch der Sprecherin des US-Repräsentantenhauses, Nancy Pelosi, auf der Insel Anfang August. Sie bezeichnete die Reise nach Taiwan als ein Zeichen der Unterstützung der USA für eine "lebendige und dynamische" Demokratie Taiwans. Die chinesischen Behörden kritisierten ihren Besuch auf der Insel, warfen den USA vor, das Ein-China-Prinzip zu verletzen, und starteten deswegen ein massives Militärmanöver mit Schießübungen vor der Insel.

US-Behörden betonen, dass die Reise von Pelosi im Einklang mit der US-Position steht, an der "Ein-China-Politik" festzuhalten. Washington fügte unterdessen hinzu, dass es keinen Grund für Peking sieht, vor diesem Hintergrund "aggressive Aktionen" gegen Taiwan zu verstärken. Die USA sahen in den chinesischen Militärübungen eine unverantwortliche Provokation und Eskalation der Situation, und forderten einen sofortigen Stopp der Manöver. Nach Angaben der Zeitung Politico habe das US-Militärkommando versucht, seine chinesischen Kollegen zu kontaktieren, aber Peking habe nicht reagiert.

In Taiwan wurde auch die Machtdemonstration gefordert. Der taiwanesischer Premierminister Su Tseng-chang erklärte:

"Wir möchten die chinesische Regierung auffordern, sich nicht auf ihre eigene militärische Macht zu verlassen, nicht überall ihre Stärke zu zeigen und nicht den regionalen Frieden zu behindern."

Seinerseits sagte das Verteidigungsministerium der Insel, das chinesische Militär übe einen Angriff auf die Insel.

Das russische Außenministerium brachte wiederholt zum Ausdruck, dass es Chinas Position unterstützt. Taiwan steht seit März auf der Liste der Russland feindlich gesinnten Länder, wobei Moskau die Unabhängigkeit der Insel nicht offiziell anerkennt. Das Ministerium wertete den Besuch von Pelosi als Provokation und als Versuch, von innenpolitischen Problemen der USA und der Lage in der Ukraine abzulenken. Die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, äußerte:

"Was ist der Zweck dieser jetzigen wilden Aktion? Die politische Lage erfordert dies."

Das chinesische Außenministerium wies darauf hin, dass Russland das Ein-China-Prinzip befolge und sich "jedem Eingriff in die Souveränität Chinas" widersetze. Der chinesische Außenminister Wang Yi betonte:

"Peking ist bereit, die strategische Interaktion mit Russland zu verstärken."

Taiwan (offiziell: "Republik China") erklärte im Jahr 1949 nach der Niederlage der Kuomintang im Bürgerkrieg gegen die Truppen von Mao Zedong seine Unabhängigkeit von China. Peking betrachtet die Insel als eine Provinz der Volksrepublik China.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62f39c81b480cc43f22246bf.jpg>
Chinesische Manöver vor der Küste Taiwans als Protest gegen den Besuch von Nancy Pelosi auf der Insel

14:52 de.rt.com: **Pentagon-Chef: USA helfen Ukraine bei der "Verteidigung der Souveränität" auf Anfrage aus Kiew**

Die Vereinigten Staaten unterstützen die Ukraine bei der "Verteidigung ihrer Souveränität" auf der Grundlage der Ersuchen aus Kiew. Dies erklärte US-Verteidigungsminister Lloyd Austin am Mittwoch auf einer Pressekonferenz in Riga nach einem Treffen mit seinem lettischen Amtskollegen Artis Pabriks. Er sagte:

"Wir rätseln nicht, was gebraucht wird, denn ich führe jede Woche, manchmal sogar zweimal pro Woche Gespräche mit dem ukrainischen Verteidigungsminister. Wir erörtern den Verlauf der Kampfhandlungen, was Kiew jetzt braucht und was es in naher Zukunft benötigt wird. Das Ziel der USA ist es, dass die Ukraine ihr souveränes Territorium erfolgreich verteidigt."

Austin erklärte, die USA und andere westliche Länder seien bereit, die Ukraine bei der Verteidigung ihrer Souveränität so weit wie nötig zu unterstützen. Er hob hervor:

"Die USA haben genug getan, um die Sicherheit der Ukraine zu gewährleisten. Aber wir sind eines von fast 50 Ländern, die zusammenarbeiten, um Mittel zu beschaffen und weiterhin Unterstützung zu leisten. Wir sind entschlossen, der Ukraine zu helfen, sie mit Ausrüstung und Material zu versorgen, die es ihr ermöglichen, die Souveränität ihres Territoriums zu verteidigen. Unsere Führung sagt, dass wir das so lange tun werden, wie es nötig ist."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/original/62f38944b480cc3d784a8bd9.jpg>

g

Lloyd Austin

15:06 de.rt.com: **Steigende Erdgaspreise treffen deutsche Chemieindustrie**

Ziel der westlichen Sanktionen gegen Russland war es eigentlich, durch wirtschaftlichen Druck Moskau in die Knie zu zwingen und außenpolitische Änderungen zu verursachen. Doch der Druck auf Deutschland selbst steigt.

Die chemische Industrie in Deutschland ist laut einer am Dienstag veröffentlichten Studie stark von den steigenden Gaspreisen betroffen, wie die chinesische Nachrichtenagentur Xinhua schrieb. Der Russland-Ukraine-Konflikt habe die angespannte Lage der Branche weiter verschärft, heißt es in dem Bericht des Münchner ifo Instituts für Wirtschaftsforschung. Die Geschäftserwartungen fielen im Juli auf minus 44,4 Punkte, im Vorjahresmonat waren es noch plus 11,8 Punkte. Gegenüber Xinhua erklärte Wolfgang Große Entrup, Hauptgeschäftsführer des Verbandes der Chemischen Industrie, dass die hohen Energiepreise die Produktion in Deutschland weiter sinken lassen würden, während der Druck auf der Importseite zunehme.

In Deutschland werden 44 Prozent des Energieverbrauchs der chemischen Industrie durch Erdgas gedeckt, während rund 30 Prozent aller chemischen Produkte dessen Einsatz erfordern.

Die Gaspreise in Europa sind derzeit mehr als doppelt so hoch wie vor dem Ausbruch des Russland-Ukraine-Konflikts Ende Februar. Die europäischen TTF-Gas-Futures, mit denen Erdgas für die Niederlande an den Terminbörsen in London und Chicago gehandelt wird, wurden am Dienstag mit rund 190 Euro pro Megawattstunde gehandelt.

Die größte europäische Volkswirtschaft ist in hohem Maße auf Gaslieferungen aus anderen Ländern angewiesen. Im vergangenen Jahr wurden 95 Prozent des in Deutschland eingespeisten Erdgases importiert, wie das Statistische Bundesamt mitteilte.

In der Vergangenheit war Russland einer der Hauptlieferanten von Erdgas nach Deutschland; im Mai wurden noch Erdgas und Erdöl im Wert von 1,9 Milliarden Euro aus Russland nach Deutschland importiert.

Ende Juli hat Russland jedoch die Gaslieferungen nach Deutschland über die wichtige Pipeline Nord Stream 1 weiter reduziert, auf nunmehr 20 Prozent der insgesamt möglichen Leistung.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62f3a4c348fbef633a28ecd3.jpeg>

15:16 de.rt.com: **Ungarn und die Slowakei vereinbaren mit der Ukraine Öltransit durch die Druschba-Pipeline**

Das ungarische Unternehmen MOL und die slowakische Slovnaft haben mit der ukrainischen Seite vereinbart, die Öllieferungen durch die Druschba-Pipeline in den kommenden Tagen wieder aufzunehmen. Das berichtete der in Bratislava ansässige Fernsehsender [TA3](#) am Mittwoch. Im Medienbericht heißt es:

"Die ukrainische Seite hat positiv auf das Angebot von Slovnaft und MOL reagiert, die Transitzkosten für Öllieferungen durch den südlichen Zweig der Druschba-Pipeline zu übernehmen. Die Slovnaft-Raffinerie hat bereits Mittel an die ukrainische Seite überwiesen und erwartet, dass die Öllieferungen auf dieser Grundlage in den nächsten Tagen wieder aufgenommen werden können. Dies teilte der Vertreter der Raffinerie, Anton Molner, mit und fügte hinzu, dass auch die russische Seite dieser Option zugestimmt hat."

Zuvor hatte Reuters am Mittwoch die ungarische Öl- und Gasgesellschaft MOL mit der Aussage zitiert, das Unternehmen habe auch bereits für den Transit von russischem Öl durch die Ukraine über das Druschba-Pipelinesystem selbst bezahlt und erwarte, dass die Lieferungen in den kommenden Tagen wieder aufgenommen werden.

Transneft teilte am Dienstag mit, dass Ukrtransnafta am 4. August die Weiterleitung von Öl aus Russland durch den südlichen Zweig des Druschba-Pipelinesystems nach Ungarn, Tschechien und in die Slowakei eingestellt hat, weil die russische Seite aufgrund der EU-Sanktionen keine Transitzahlungen leisten konnte. Alle Parteien seien über die Situation informiert worden, so das russische Ölunternehmen. Es versicherte, an alternativen Zahlungsmöglichkeiten zu arbeiten.

15:47 de.rt.com: **Dänemark wird gemeinsam mit Großbritannien ukrainisches Militär ausbilden**

130 dänische Militärausbilder werden in naher Zukunft im Vereinigten Königreich ankommen, um dort ukrainische Soldaten auszubilden. Dies kündigte der dänische Verteidigungsminister [Morten Bødskov](#) in einem Interview an.

Das Ausbildungsprogramm wird vom britischen Militär organisiert. Es ist für die Ausbildung von Soldaten "ohne oder mit nur geringer Kampferfahrung" gedacht. Die dänische Regierung stellte 100 Millionen dänische Kronen (rund 14 Millionen Euro) dafür bereit. Laut Bødskov werde auch die Frage der Ausbildung von Ukrainern in Dänemark erörtert.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62f3b057b480cc19eb24ad26.jpg>

Dänische Militäranghörige

16:14 de.rt.com: **Schweden will über Aussetzung der Visumerteilung für Russen diskutieren**

Der schwedische Minister für Integration und Migration Anders Ygeman hat nicht ausgeschlossen, dass die EU die Ausstellung von Visa für russische Staatsbürger einstellen könnte.

"Wir müssen jetzt ernsthaft darüber nachdenken, ob wir das Spektrum der Sanktionen erweitern und die EU-Visaregelung ändern werden. Wir könnten das in den entsprechenden Arbeitsgruppen und dann vielleicht auf einem Ministertreffen diskutieren, dann werden wir sehen, was dabei herauskommt."

Nach Ansicht von Ygeman könnte aber die völlige Einstellung des Austausches mit Russland durchaus negative Folgen haben. Estland, Lettland und Litauen beschlossen bereits, russischen Bürgern keine Touristenvisa mehr zu erteilen. In Finnland wird diese Frage derzeit diskutiert.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62f39b1948fbef733d4d2030.jpg>

16:44 de.rt.com: **DVR-Chef Puschilin: USA sind direkt an Kiews Verbrechen gegen den Donbass beteiligt**

US-Präsident Joe Biden und sein Gefolge stünden in direktem Zusammenhang mit den Verbrechen, die die ukrainischen Streitkräfte mit dem Beschuss friedlicher Städte und der Einwohner des Donbass begehen. Dies verkündete der Chef der Donezker Volksrepublik (DVR) Denis Puschilin am Mittwoch. Er erklärte laut [TASS](#):

"Erst kürzlich bestätigte der Stellvertreter eines der ukrainischen Geheimdienste, der Herr Skibizki, öffentlich, dass der direkte Einsatz und die Ausrichtung von HIMARS-

Mehrfachraketenwerfer-Systemen mit den USA vereinbart werde. Was sagt uns das? Im Grunde genommen sind Biden und sein Führungsteam hier direkt an den Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung im Donbass und anderen befreiten Gebieten beteiligt."

Puschilin betonte, dass westliche Staatsoberhäupter und Regierungschefs, die Kiew unterstützen, damit auch die von den ukrainischen Behörden begangenen Verbrechen unterstützen. Er betonte:

"Diese Verbrechen werden buchstäblich täglich begangen – zivile Einrichtungen und kritische Infrastruktur werden bombardiert. Es gibt buchstäblich jeden Tag Angriffe auf den zivilen Sektor, auf Wohngebiete, auf Großstädte, in denen viele Menschen leben und in denen es keine militärischen Einrichtungen gibt."

Der DVR-Chef wies insbesondere auf die neue ukrainische "Praxis" des Einsatzes verbotener [PFM-1-Lepetok-Antipersonenminen](#) hin, die auf Wohngebiete in den Städten der Republik abgeworfen werden.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/original/62f39bddb480cc414d1dbaa1.jpg>
g

Denis Puschilin (m.)

16:52 de.rt.com: **Litauischer Politiker droht Chinesen und Russen und bezeichnet sie als "Mongolen"**

Ein Abgeordneter der Regierungspartei in Litauen veröffentlichte auf Twitter eine "Warnung" gegen China und Russland und scheute sich dabei nicht, einen rassistischen Begriff für die Bewohner beider Länder zu verwenden.

Das "Großherzogtum Litauen" wird das "mongolische" Moskau zerstören, wenn die "Mongolen" Chinas in Taiwan einmarschieren, schrieb ein Abgeordneter der Regierungspartei aus dem kleinen baltischen Staat auf [Twitter](#).

"Wenn die Mongolen in Taiwan einmarschieren, werden wir uns rächen, indem wir das kleine mongolische Dorf namens 'Moskau' zerstören", schrieb Matas Maldeikis vergangene Woche, als das chinesische Militär mit Übungen rund um Taiwan begann. "Das Großherzogtum Litauen steht zu Taiwan!" fügte er hinzu und ergänzte seinen Tweet mit einem Porträt des litauischen Königs Algirdas aus dem 14. Jahrhundert. Maldeikis ist Vorsitzender des parlamentarischen Ausschusses für die Beziehungen zu Taiwan und hat Peking zuvor bereits verärgert, nachdem er 2021 eine Delegation von Abgeordneten auf die umstrittene Insel anführte.

Während es in den baltischen Staaten und der Ukraine ein gängiger rassistischer Ausdruck ist, die Russen als "Mongolen" zu bezeichnen, ist die Anwendung dieses Begriffs auf Chinesen etwas neuartig. Für Maldeikis sind solche Ausfälle jedoch sein Markenzeichen, seit er sich nach seiner Wahl in das Parlament Litauens im Jahr 2020 für die Sache Taiwans einsetzt. In seiner Twitter-Biografie bezeichnet sich der Abgeordnete als "Leiter der

Parlamentsfraktionen für die Beziehungen zu Taiwan und dem demokratischen Russland". In der ersten Funktion leitete er im November 2021 eine Delegation baltischer Parlamentsabgeordneter nach Taiwan, was Peking dazu veranlasste, die diplomatischen Beziehungen zu Vilnius offiziell herabzustufen. China hatte seinen Botschafter bereits im August davor abgezogen, nachdem Litauen angekündigt hatte, de facto eine taiwanesisch Botschaft in Litauen zu eröffnen.

Peking hatte vergangene Woche massive Militärübungen rund um Taiwan durchgeführt, nachdem die Sprecherin des US-Repräsentantenhauses, Nancy Pelosi, die Insel gegen Chinas ausdrückliche Warnungen besucht hatte. China betrachtet die Insel als Teil seines Hoheitsgebiets.

Maldeikis setzt sich nicht nur für Taiwan und die Ukraine ein, sondern ist auch ein Romantiker des mittelalterlichen Großherzogtums und hat eine Fixierung auf Smolensk. Litauen kontrollierte diese russische Stadt zwischen 1414 und 1654 insgesamt 150 Jahre lang, verzichtete aber schließlich auf seine Ansprüche zugunsten Russlands.

Zu diesem Zeitpunkt war das Großherzogtum bereits mit dem polnisch-litauischen Staatenbund verschmolzen. Der osteuropäische Megastaat wurde später zwischen den damaligen Großmächten Österreich, Preußen und Russland aufgeteilt und verschwand 1791 von der Landkarte.

Maldeikis ist Abgeordneter der regierenden Vaterlandsunion TS-LKD, die von Außenminister Gabrielius Landsbergis angeführt wird. Auch die Eltern von Maldeikis waren beide Abgeordnete im kleinen und südlichsten baltischen Staat. Das moderne Litauen hat 2,8 Millionen Einwohner, was weniger als einem Viertel der Größe des "kleinen mongolischen Dorfes" Moskau entspricht.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62f38a49b480cc3e9c00a749.jpg>
Der chinesische Präsident Xi Jinping und sein russischer Amtskollege Wladimir Putin

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: **Abendbericht des Stabs der Territorialverteidigung der DVR am 10. August 2022**

Die Behörden der DVR führen weiter vorrangige Maßnahmen zum Wiederaufbau des sozial-humanitären Bereichs durch.

In 66 befreiten Ortschaften wurden Renten und Sozialzahlungen ausgezahlt.

An Einrichtungen des Gesundheitswesens wandten sich mehr als 6600 Menschen.

In Mariupol wurde ein Kommunikationsobjekt in Betrieb genommen, zwei weitere Kommunikationsobjekte wurden für die Inbetriebnahme vorbereitet.

In Wolnowacha, Mariupol, Mironowskij und Krasnyj Liman gehen die Reparaturarbeiten am Gasversorgungssystem weiter.

Spezialisten der Elektrizitätswerke haben Reparatur- und Wiederaufbauarbeiten an Hochspannungsleitungen und Umspannwerken in Mariupol, Wolnowacha, Sachanka, Krasnyj Liman, Nowooje, Losowoje und Rubzy ausgeführt.

Zivilschutzkräfte haben mehr als 14 Hektar Territorium und 51.000 Quadratmeter Gebäude untersucht und 334 explosive Objekte entschärft.

Wir erinnern daran, dass einige Ortschaften der Donezker Volksrepublik mit explosiven Objekten übersät sind.

So haben die bewaffneten Formationen der Ukraine **Antipersonenminen „Lepestok“ auf dem Gebiet von Donezk, Luganskoje, Makejewka, Pantelejmonowka und Jassinowataja abgeworfen**. Zurzeit ergreifen Spezialdienste der DVR alle notwendigen Maßnahmen zur Minenräumung.

Seien Sie aufmerksam und vorsichtig! Bei der Entdeckung von explosiven Objekten rufen sie das Zivilschutzministerium an.

Das Innenministerium und die Militärkommandantur der DVR überprüfen weiter Ausweise und gewährleisten den Schutz der öffentlichen Ordnung in allen befreiten Ortschaften.

Bei Informationen über verdächtige Personen oder mögliche rechtswidrige Aktivitäten bitten wir, sich unverzüglich an die Telefonnummern des Staatssicherheitsministerium der DVR zu wenden.

17:18 de.rt.com: **Gebiet Cherson: 24 Waffenverstecke gefunden**

Wie die Nachrichtenagentur TASS meldet, haben die Rechtspflegebehörden des Gebiets Cherson seit dem Frühjahr 24 Verstecke mit diversen Waffen und Munition in der Region gefunden. Der Großteil davon, nämlich 19 Verstecke, wurden erst im Juli und Anfang August aufgespürt.

Die Verstecke waren unter anderem in Dörfern, Wäldern sowie Häusern ehemaliger ukrainischer Sicherheitsmitarbeiter eingerichtet. Sie enthielten meistens Waffen wie Granatwerfer, Sturmgewehre sowie zugehörige Munition. Jüngste Funde brachten aber auch etwa Kommunikationsgeräte, Rauchgranaten, ausländische Waffen sowie tragbare Boden-Luft-Raketen vom Typ "[Igla](#)" zutage. Die Gebietsverwaltung betonte, dass diese Waffen für Diversionsakte bestimmt waren.

Ein Großteil der Verstecke wurde unter der Mithilfe der einheimischen Bevölkerung aufgefunden.

Wie die TASS außerdem berichtete, meldeten am heutigen Mittwoch die Bewohner von Aljoschki die Lage von zwei weiteren Waffenverstecken, von denen eines eine auf dem Schützenpanzer BMP-1 eingesetzte Kanone [2A28 Grom](#) samt 34 Schuss Munition enthält.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/original/62f3b7dbb480cc170b3f9c4d.jpg>

Ein von der russischen Militärpolizei gefundenes Versteck mit ukrainischen Waffen im Gebiet Cherson, Aufnahme vom 27. Mai

17:43 de.rt.com: **FDP-Politiker: Nur noch 5 der 15 Panzerhaubitzen 2000 in Ukraine intakt**

Der FDP-Verteidigungspolitiker Marcus Faber hat nach seinem Ukraine-Besuch mitgeteilt, dass nur noch ein Drittel der aus Deutschland und den Niederlanden gelieferten Panzerhaubitzen 2000 einsatzbereit sei:

"Ich habe aus dem Verteidigungsministerium erfahren, dass derzeit noch 5 von 15 Panzerhaubitzen einsatzbereit sind."

Dabei sei keine der Panzerhaubitzen durch russischen Beschuss zerstört worden. Aber es würden Ersatzteile benötigt. Deutschland habe diese mitgeliefert, dennoch sei die Reparatur für die Ukraine schwierig, so Faber weiter:

"Die Ukrainer sind zwar optimistisch, dass sie die Einsatzbereitschaft wieder nach oben bringen können. Aber sie sagen auch, dass sie in der Ukraine eine eigene Reparaturmöglichkeit bräuchten. Sonst müssten sie die Haubitzen wieder außer Landes schaffen. Derzeit können sie nur kleinere Reparaturen selbst machen."

Die Bundesregierung soll der Ukraine eigenen Angaben zufolge bislang 10 Panzerhaubitzen 2000 geliefert haben. Die Niederlande sollen Kiew 8 Systeme zugesagt haben, von denen 5 bereits dort eingetroffen seien.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62f3bee948fbef608b608551.jpg>

abends:

18:19 de.rt.com: **Russland verlangt von Ukraine Ende des Beschusses vom Kernkraftwerk Saporoschje**

Russlands Botschafter bei der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEA) Michail Uljanow hat die Ukraine dazu aufgefordert, den Beschuss des Kernkraftwerks Saporoschje umgehend einzustellen. In einer Sendung des Fernsehkanals Rossija-24 sagte er:

"Die Ukrainer müssen mit dem Beschuss des Saporoschje-Atomkraftwerks sofort aufhören." Uljanow äußerte außerdem die Hoffnung, dass die Mission der IAEA zu dem AKW nicht länger behindert wird. Dafür dürfe die ukrainische Seite keine "künstlichen Hindernisse" errichten. Der Botschafter fügte hinzu:

"Bisher gab die offizielle Ukraine keinen Grund zur Annahme, dass Kiew diese Mission begrüßt, eher umgekehrt. Wie es aussieht, glaubt die ukrainische Seite, dass die Entsendung von IAEA-Experten nicht in ihrem Interesse liegt, zumindest lässt ihr Verhalten einen solchen Eindruck entstehen. Es wäre sehr zu wünschen, dass dies ein falscher Eindruck ist und die Ukrainer die Mission nicht behindern werden."

Das Kernkraftwerk Saporoschje liegt am linken Ufer des Flusses Dnjepr in der Nähe der Stadt Energodar und ist das leistungsstärkste AKW in ganz Europa. Seit dem 5. August hat der Beschuss des Kraftwerks durch ukrainische Truppen erheblich zugenommen.

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Lage um 19:30 Uhr am 10.08.22**

Am heutigen Tag hat der Gegner nach Informationen des GZKK der DVR **mehr als 270 Geschosse** mit Rohrartillerie des Kalibers 155, 152 und 122mm sowie 120mm-Mörsern **abgefeuert**.

Die Gebiete von **9 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Durch Beschuss **starben 2 Zivilisten, 10 wurden verletzt**. 36 Wohnhäuser und 8 zivile Infrastrukturobjekte wurden beschädigt.

Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.

Zurzeit gehen Arbeiten zur Minenräumung von Antipersonenminen PFM-1 „Lepestok“ (PFM-1S) weiter. Wir bitten eindringlich, bei der Bewegung vorsichtig zu sein und auch die Kontrolle über Kinder zu verstärken.

Mit Trauer teilen wir mit, dass bei der Ausführung ihrer militärischen Pflicht im Kampf für die Unabhängigkeit **2 Verteidiger der Donezker Volksrepublik starben und 5 verletzt** wurden.

Wir sprechen den Verwandten und Freunden der Toten unser aufrichtiges Mitgefühl aus.

18:48 de.rt.com: **Russisches Militär: Sieben HIMARS-Raketen im Gebiet Cherson abgefangen**

Laut einem Bericht des russischen Verteidigungsministeriums vom 10. August sollen russische Luftabwehrsysteme in den letzten 24 Stunden sieben US-HIMARS-Raketen im Gebiet Cherson abgefangen haben. In dem Dokument heißt es:

"Russische Luftabwehrsysteme eliminierten zwei ballistische Raketen des Typs Totschka-U in der Luft über dem Dorf Kryнки im Gebiet Cherson und sieben Geschosse des Mehrfachraketenwerfersystems HIMARS in den Bezirken Nowaja Kachowka, Ljubimowka und Tschernowon Majak im Gebiet Cherson."

Im Gebiet Nikolajew sollen die Systeme vier Geschosse des Mehrfachraketenwerfers [Smertsch](#) abgefangen haben. Überdies sollen an einem Tag neun ukrainische Drohnen abgeschossen worden sein, unter anderem über den westlichen Außenbezirken von Donezk.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62f3a98f48fbef697b196960.jpg>

Fragmente einer HIMARS-Rakete

19:07 de.rt.com: **Estland meldet Luftraumverletzung durch russischen Mi-8-Hubschrauber und bestellt Botschafter ein**

Das estnische Außenministerium hat am Mittwoch den russischen Botschafter in Tallinn einbestellt. Damit protestierte das NATO-Land gegen eine Verletzung seines Luftraums durch

einen russischen Helikopter. Außerdem verurteilte Estland erneut den Ukraine-Krieg. Das Außenministerium des baltischen NATO-Landes Estland hat am Mittwoch den russischen Botschafter in Tallinn einbestellt, um sein Missfallen über eine Verletzung des estnischen Luftraums zum Ausdruck zu bringen. Der Vorfall habe sich am Vortag, dem 9. August, ereignet, an dem ein russischer Hubschrauber vom Typ Mi-8 ungenehmigt in der Nähe des Grenzüberganges Koidula in den Luftraum des EU-Landes eingedrungen sei. Der Helikopter soll weder seine elektronische Kennung aktiviert gehabt, noch einen Flugplan übermittelt haben. Auch habe der Pilot zum Zeitpunkt der weniger als eine Minute dauernden Luftraumverletzung keinen Funkkontakt mit der Flugsicherung gehalten.

In der entsprechenden Mitteilung des Ministeriums hieß es:

"Aus Estlands Sicht ist dies ein sehr ernster und bedauerlicher Vorfall, der in keiner Weise hinnehmbar ist."

Den Angaben zufolge sei dies bereits die dritte Verletzung des estnischen Luftraums in diesem Jahr gewesen. Im vergangenen Jahr sollen russische Flugzeuge den estnischen Luftraum fünfmal verletzt haben.

Darüber hinaus verurteilte das estnische Außenministerium "erneut entschieden die andauernde Aggression Russlands in der Ukraine". Dem russischen Botschafter Wladimir Lipajew wurde übermittelt, dass die Regierung in Moskau die Grundsätze der nationalen Souveränität, der territorialen Integrität und des Völkerrechts achten solle.

Eine Stellungnahme des russischen Außenministeriums lag zunächst nicht vor.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62f3e24548fbef608b60858b.jpg>

19:15 de.rt.com: **Italien: Erstes Verfahren gegen einen Söldner in ukrainischen Diensten eingeleitet**

Die Regionalverwaltung zur Bekämpfung von Mafia und Terrorismus im italienischen Genua hat ein Ermittlungsverfahren gegen einen Mann eingeleitet, der beschuldigt wird, als Söldner für die Ukraine gekämpft zu haben. Wie die italienische Nachrichtenagentur ANSA berichtet, handelt es sich dabei um den 19-jährigen Kevin Chiappalone, einen Sympathisanten der neofaschistischen Bewegung CasaPound Italia.

Die Fahndung nach Chiappalone begann, nachdem dieser in einem Interview erklärt hatte, dass ihn die Verkündung des russischen Präsidenten Wladimir Putin über die Denazifizierung der Ukraine dazu motivierte, für Kiew Partei zu ergreifen.

Wie der Staatsanwalt Marco Zocco gegenüber ANSA erklärte, wird Chiappalone nun beschuldigt, der sogenannten "Ukrainischen Internationalen Brigade" als Söldner beigetreten zu sein. Im Falle einer Verurteilung droht dem 19-Jährigen eine Haftstrafe zwischen zwei und sieben Jahren.

20:32 de.rt.com: **Zivilist in Donezk von "Lepestok"-Mine in die Luft gesprengt**

Im Donezker Stadtteil Petrowski ist ein Mann von einer "Lepestok"-Mine in die Luft gesprengt worden. Der Zivilist sei verletzt worden. Dies teilte das Verteidigungshauptquartier

der Donezker Volksrepublik mit. Die "Lepestok"-Schützenabwehr-Sprengmine (PFM-1) verwundet Beine und wird beim Drauftreten ausgelöst.

Die Vertretung der Volksrepublik Donezk beim Gemeinsamen Zentrum für die Kontrolle und Koordinierung des Waffenstillstandsregimes registrierte wiederholt den Einsatz von "Lepestok"-Minen durch ukrainische Truppen in den Städten der Republik.

Zuvor hatte die Ständige Vertretung Russlands bei den Vereinten Nationen ein Schreiben an den Sicherheitsrat gerichtet, in dem es um den Einsatz dieser Minen gegen Zivilisten im Donbass durch Kiew ging. Das Schreiben wurde auch an den Generalsekretär der Vereinten Nationen gesandt.

Die Ukraine ratifizierte 2005 das Ottawa-Abkommen, das den Einsatz, die Lagerung und die Herstellung von Antipersonenminen verbietet. Mit dem Einsatz der "Lepestok"-Minen verstößt Kiew gegen seine internationalen Verpflichtungen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62f3f04348fbef5b8564df11.jpg>

"Lepestok"-Minen